

# Etzel ebnet den Weg für die Kriegsopfer-Renten

Probst-Plan für höhere Grundrenten setzt sich durch

Von unserem Bonner Korrespondenten

Bonn, 9. Oktober. Die Kriegsopfer in der Bundesrepublik können mit einer Erhöhung ihrer Grundrenten rechnen. Bewogen von der Mehrheit des Bundestages hat Bundesfinanzminister Etzel erkennen lassen, daß er bereit ist, erheblich über den ursprünglich bereitgestellten Betrag von 550 Millionen Mark für die Reform der Kriegsopferversorgung hinauszugehen. Jetzt wird eine Regelung für mehrere Jahre angestrebt, damit das Parlament sich nicht immer wieder mit diesem Gesetz beschäftigen muß.

Nur Bundesarbeitsminister Blank hält noch an dem Entwurf der Bundesregierung fest, der lediglich eine Erhöhung der Ausgleichsrenten vorsieht. Blank ist davon überzeugt, daß eine kräftige Verbesserung der Ausgleichsrenten für die Schwerbeschädigten sozial richtiger sei als eine geringe Erhöhung der Grundrenten für sämtliche Kriegsopfer.

Diese Ansicht wird aber von einem großen Teil der CDU/CSU-Fraktion, von der SPD und der FDP nicht geteilt. Es ist daher wahrscheinlich, daß man zu einem Kompromiß gelangen wird, der ungefähr auf der Linie der Vorschläge der CSU-Abgeordneten Dr. Probst liegen dürfte. Für die Verwirklichung dieses Entwurfes soll mehr als eine Milliarde Mark zusätzlich erforderlich sein.



Hofft auf Erfolg für die Kriegsopfer: Frau Dr. Probst



Frau Dr. Probst vertritt die Ansicht, daß eine solche Erhöhung der Ausgaben möglich sei, weil in den

kommenden Jahren der Aufwand für die Kriegsopferversorgung laufend zurückgeht. Der Bundesfinanzminister soll also festsetzen, daß innerhalb von drei Jahren ein bestimmter Höchstbetrag für die Kriegsopfer ausgegeben werden darf. Die Beratungen über die Kriegsopfer-Reform beginnen im Bundestag am 22. Oktober.

Siehe Kommentar Seite 2

Der Probst-Plan für die Reform der Kriegsopfer-Renten sieht folgende Monatssätze vor:

Minderung der Erwerbsfähigkeit	Grundrente	Ausgleichsrente
30 Prozent	35,— Mark	
40 Prozent	44,— Mark	
50 Prozent	62,— Mark	
60 Prozent	80,— Mark	100,— Mark
70 Prozent	100,— Mark	120,— Mark
80 Prozent	150,— Mark	150,— Mark
90 Prozent	180,— Mark	180,— Mark
Bei Erwerbsunfähigkeit	200,— Mark	200,— Mark
Witwenrenten	85,— Mark	120,— Mark
Halbwaisen-Rente	30,— Mark	60,— Mark
Vollwaisen-Rente	60,— Mark	90,— Mark

Als Elternrente sieht der Entwurf für das Elternpaar 150,— Mark und für einen Elternteil 100,— Mark monatlich vor.



Wir kommentieren:

## Kriegsopfer

A. E. Die Kriegsopfer haben im Kampf um die höhere Grundrente so gut wie gesiegt. Der Bundesfinanzminister glaubt sich in der Lage, einen Milliardenbetrag für die Erhöhung der Kriegsopferrenten ohne Anziehen der Steuerschraube verkraften zu können. Nach dem jetzigen Stand der Dinge wird sich auch im Bundestag die Auffassung durchsetzen, daß nicht die Ausgleichsrenten — wie es der Blankentwurf vorsah — sondern die Grundrenten erhöht werden. Nach der Höhe der Aufwendungen geteilt, werden die Kriegsopfer insgesamt bei der vorgesehenen Kompromißlösung wesentlich besser bedacht. Die verfügbare Summe wird hier als doppelt so hoch sein wie

beim Blankschen Entwurf. Offenbar zählt der Bundesarbeitsminister im Ringen um die Reform der Kriegsopferrenten zu den Besiegten. Besiegt wurde aber nicht nur er, sondern auch ein sehr entscheidender Grundsatz: Im Streit um das Für und Wider zwischen erhöhter Ausgleichs- oder Grundrente entschied sich die Mehrheit für die Grundrente. Mit anderen Worten, nicht nur die Schwerversehrten erhalten eine kräftige Hilfe, sondern alle Kriegsopfer werden gemeinsam von der allgemeinen Grundrentenerhöhung bedacht. Selbst unter den Kriegsopfern hatten sich aber viele bereitgefunden, auf eine relativ geringe Grundrentenerhöhung zu verzichten, damit den Schwerekriegsversehrten, die keine weiteren Einkünfte mehr hatten, um so tatkräftiger geholfen werden konnte. Diese soziale Seite der Kriegsopferversorgung erleidet bei der neuen Lösung fraglos eine Einbuße. Das ändert aber grundsätzlich nichts an der Tatsache, daß wir als Volk verpflichtet sind, den Versehrten dieses Krieges und den Hinterbliebenen der Gefallenen nach besten Kräften zu helfen.

Will eine Milliarde lockern: Finanzminister Etzel



Westfalenzeitung vom 14.10.59

# Regierung hofft auf Mitarbeit der Rentner

## Blank plant höhere Renten als Ausgleich und Anreiz

Von unserem Bonner Korrespondenten

**Bonn, 12. Oktober**  
Im Bundesarbeitsministerium wird geplant, älteren Arbeitern einen kräftigen Anreiz zu bieten, damit sie über das 65. Lebensjahr hinaus in der Wirtschaft tätig zu bleiben. Das Ministerium beabsichtigt, ihnen eine 20- oder 25prozentige Verbesserung ihrer Altersrente zu versprechen, wenn sie zwei Jahre länger arbeiten.

Es handelt sich um eine der Maßnahmen, mit denen das Bundesarbeitsministerium dem um sich greifenden Mangel an Arbeitskräften im Bundesgebiet abhelfen will. Wenn es nicht gelingt, diesen Man-

gel zu beseitigen, droht die deutsche Wirtschaft gebremst zu werden.

In eingehenden Untersuchungen ist festgestellt worden, daß der enorme wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre wesentlich auf die ständige Mobilisierung neuer Arbeitsreserven zurückzuführen war. Jetzt aber scheinen diese Reserven endgültig erschöpft zu sein.

Auf der Suche nach Abhilfe ist man in Bonn auf folgende Möglichkeiten gestoßen:

- Weiterbeschäftigung über das 65. Lebensjahr hinaus.

- Zunehmende Beschäftigung von Frauen in Halbtagsarbeit.

- Verbesserung des Arbeitsschutzes, um Berufskrankheiten und vorzeitige Invalidität zu verhindern.

Man will außerdem versuchen, die großen Industrie-Unternehmen zu einer anderen Personalpolitik zu veranlassen. Besonders wird daran Anstoß genommen, daß Großunternehmen immer häufiger tüchtige Arbeitskräfte mit dem Versprechen einer vorzeitigen Pensionierung zu gewinnen versuchen.

## Kabinetten einig: Mehr Geld für Kriegsoffiziere

Eigener Nachrichtendienst  
**Bonn, 14. Oktober**

Die Bundesregierung hat sich am Mittwoch endgültig darauf geeinigt, den Kriegsoffizieren mehr Geld zukommen zu lassen, als in dem ursprünglichen Regierungsentwurf zur Reform der Kriegsoffiziersversorgung vorgesehen war.

Einzelheiten der neuen Vorschläge werden noch geheimgehalten, jedoch dürfte feststehen, daß für die Kriegsoffiziere jährlich mindestens eine Milliarde Mark mehr aufgebracht werden soll als bisher. Dadurch wird es möglich sein, auch den Kriegsoffizieren, die nur eine Grundrente erhalten, eine Aufbesserung ihrer Bezüge zukommen zu lassen.

Bundesfinanzminister Etzel dürfte einen Vorschlag aus den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgreifen und zur Finanzierung auf den Kredit des Bundes bei der Deutschen Bundesbank zurückgreifen. Im Laufe der nächsten Jahre soll dann der natürliche Rückgang der Rentenleistungen ausgeglichen werden, indem die eingesparten Beträge zur Rückzahlung des Bundesbankkredits verwendet werden.

Westfalenzeitung vom 15.10.59



28

*Kommunale Kreisverwaltung der Welcher Land VdK Ortsverband's Vorsitzender  
sprach am 14. 10. 59 um 210 Uhr in Beverungen im Rathaus Hotel*

## Kriegsopfer und Hinterbliebene nicht vom „Wunder“ ausschließen!

VdK-Vizepräsident und Landesverbandsvors. Dr. Weltersbach in Beverungen: Es geht um die Rechte!

Beverungen. Ueberfüllt war der Saal des Bahnhofshotels von den Mitgliedern des VdK-Ortsverbandes Beverungen, um vom Vizepräsidenten des VdK Deutschlands und Landesverbandsvorsitzenden Dr. Weltersbach Ausführungen über die Neuordnung der Kriegsopferversorgung zu hören.

Nach Worten der Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden Stöhr gab Kreisverbandvorsitzender Rainaecker bekannt, daß Dr. Weltersbach zum erstenmal vor zehn Jahren in einer Versammlung in Beverungen das Referat gehalten habe. Inzwischen aber sei die Mitgliederzahl des Ortsverbandes von 350 im Jahre 1950 auf 736 angewachsen. Diese Tatsache lasse auch erkennen, daß der VdK nicht nur die Interessen der Kriegsopfer, sondern auch Änderungsvorschläge für die Renten und Unfallversicherungen vertrete.

Zu Beginn seines Referates sprach sich Dr. Weltersbach sehr erfreut über den überaus guten Besuch der Versammlung aus. Er führte aus, daß seit Beginn der Kriegsopferversorgung nach der SVD-27 (Militärregierungsgesetz) bis heute immer ein gerechter Kampf um eine Verbesserung der Versorgung notwendig gewesen sei. Insbesondere sei es die Kriegsopferversorgung, die mit dem „Wirtschaftswunder“ und dem gleich-

falls damit gestiegenen Bundeshaushalt keine entsprechende Aufbesserung der Renten erhalten habe wie es bei der Unfallversicherung der Fall sei. So sei noch heute festzustellen, daß bei einer 40prozentigen Erwerbsminderung (Verlust eines Fußes) ein Kriegsbeschädigter 38 Mark und ein Unfallbeschädigter, der vor der Beschädigung einen Monatsverdienst von 450 DM brutto hatte, 150 DM erhält. Oder der Verlust eines Auges (30 Prozent Erwerbsminderung) im Dienste der Bundeswehr würde nur mit einer Rente von monatlich 30 DM bedacht.

Die Forderungen der Kriegsopferverbände gehen dahin, die Grundrenten zu erhöhen und damit auch gleichzeitig eine Anerkennung für den Verlust an Lebensfreude zu gewähren. Eine Erhöhung der Ausgleichsrenten wie vom Bundesarbeitsminister vorgesehen, wäre bei Schwerbeschädigten nur dazu angeht, den Arbeitswillen zu beeinträchtigen. Gerade aber der Arbeitswillige müsse gefördert werden, um

den Kriegsopfern das Gefühl zu geben, als vollwertige Mitglieder in der Gemeinschaft ihre Pflicht zu tun und auch damit das Sozialprodukt zu erhöhen.

Auch die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen haben ein Anrecht am „Wirtschaftswunder“ teilzunehmen! Abgesehen davon, daß der seelische Schaden durch Verlust von Gliedmaßen oder den Verlust des Vaters und Ehemannes überhaupt nicht mit Geld auszugleichen ist.

Es sei nun zu hoffen, daß in den Beratungen des Bundestages (wie sich auch in den Presseberichten der letzten Tage gezeigt habe) die berechtigten Wünsche der Kriegsopfer anerkannt würden.

Zum Schluß der Versammlung dankte er allen Mitgliedern für ihre Treue und den ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitgliedern für ihre im Dienste der Kameradschaft geleistete Arbeit.

In dieser Versammlung konnte wiederum einer größeren Anzahl von Mitgliedern das Verbandsehrenzeichen für zehnjährige Mitgliedschaft verliehen werden.

*Friede Freude tätige Köpfe  
vom 19. 10. 59*



# Kriegsbeschädigte beharren auf ihrem Recht

Zum Stand der Gesetzgebung sprach Landesverbandsvorsitzender Dr. Weltersbach

Beverungen. Im überfüllten Saal des Bahnhofshotels konnte Ortsvorsitzender Stühr vom Verband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen (VdK) den Kreisverbandsvorsitzenden Reinaecker und den Vizepräsidenten und Landesverbandsvorsitzenden Dr. Weltersbach (Düsseldorf) begrüßen. Reinaecker teilte mit, daß Dr. Weltersbach vor zehn Jahren als erster auswärtiger Redner im Ortsverband Beverungen gesprochen hat. Daß der VdK nicht nur als Kriegsofferorganisation, sondern auch für die Rentner und Unfallversicherten zielstrebig gearbeitet habe, gehe schon daraus hervor, daß die Mitgliederzahl des Ortsverbandes (zu dem die Gemeinden Jakobsberg, Haarbrück, Drenke, Blankenau, Lauenförde, Meinbrexten gehören) inzwischen auf 736 Mitglieder angewachsen ist.

Nach einer Minute stillen Gedenkens der Gefallenen beider Kriege und der verstorbenen Mitglieder wurde wieder eine größere Anzahl Ehrennadeln für zehnjährige Mitgliedschaft verliehen.

## Kriegs- und Unfallopfer

In seinem ausführlichen Vortrag behandelte Dr. Weltersbach insbesondere die Neuordnung der Kriegsofferversorgung. Nach dem Bundesversorgungsgesetz werden nicht nur die Opfer der Kriege, sondern auch die durch Unfälle usw. beschädigten Angehörigen der Bundeswehr versorgt. Eine Neuordnung, die darin besteht, die Grundrenten zu erhöhen, sei dringend erforderlich, um die Kriegsbeschädigten der Saar, die bislang eine bessere Versorgung hatten, durch den Anschluß an Deutsch-

land keine Nachteile erfahren zu lassen. Andererseits steht die nach Prozentsätzen berechnete Rente in einem Mißverhältnis zu den Unfallbeschädigten.

## Beispiele

An Beispielen führte Dr. Weltersbach an, daß ein Unfallbeschädigter beim Verlust einer Hand (40% Erwerbsminderung) bei einem Monatseinkommen vor der Schädigung von 450 DM eine Rente in Höhe von 150 DM, ein Kriegsbeschädigter mit gleicher Schädigung aber nur 38 DM Grundrente erhalte. Der daneben erzielte Arbeitsverdienst habe in beiden Fällen keinen Abzug der Rente zur Folge. Andererseits könne der Kriegsbeschädigte bei einer Erwerbsminderung unter 50% daneben keine Ausgleichsrente erhalten.

Eine Erhöhung der Ausgleichsrenten würde nur einem geringen Teil der Kriegsbeschädigten zugute kommen, andererseits den Arbeitswillen der Schwerbeschädigten beeinträchtigen.

Gerade aber der Arbeitswille müsse gefördert werden, um den Beschädigten das Gefühl zu geben, ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft zu sein.

Eine Erhöhung der Ausgleichsrenten habe aber auch einen erhöhten Arbeitsaufwand bei Nachprüfungen der Einkommen durch die Versorgungsämter zur Folge. Diese Ausgleichsrente entspreche dem Bedürftigkeitsprinzip ohne Anerkennung des Verlustes an Lebensfreude, die von den Kriegsbeschädigten einzubüßen sei. Gleichfalls sei es so mit den Renten der Hinterbliebenen, von denen nur 10 v. H. eine volle Ausgleichsrente und 46 v. H. überhaupt keine Ausgleichsrente neben der Grundrente erhalten.

## Erfolg scheint gesichert

Den Bemühungen der Kriegsofferverbände in Großkungebungen und Besprechungen, die berechtigten Forderungen auf Erhöhung der Grundrenten anzumelden, scheinete nun doch wohl der Erfolg gesichert. Neben den Fraktionen der SPD und FDP, die eigene Vorschläge eingebracht hätten, hätten sich bekanntlich auch 72 Abgeordnete der CDU/CSU unter der Führung von Frau Dr. Probst für eine Erhöhung der Grundrenten ausgesprochen.

Mit Worten des Dankes für die Treue zum VdK und der ehrenamtlichen Tätigkeit verband Dr. Weltersbach den Wunsch mit den Worten Gorch Focks: „Eins gebe Gott in Gnaden, daß ihr werdet Kameraden!“

F. V.

Westfalen - Zeitung

vom 22. 10. 59

In dieser Versammlung wurde der Kamerad Grotzer herzlich  
Pfeinungen zum Schriftführer gewählt.

Reinhardt

22. 10. 59



## LEBENSWEISEN MITARBEITER

**Kamerad Heinrich Reinaecker, Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Höxter/Weser, 60 Jahre**

Am 4. März 1960 vollendete Kamerad Reinaecker sein 60. Lebensjahr. Die Kameradinnen und Kameraden brachten ihm aufrichtige und herzliche Glückwünsche dar.

Als der VdK in den Gründungsjahren 1946/47 die Werbetrömmel um den Personenkreis der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen- und Sozialrentner ertönen ließ, kannte Kamerad Reinaecker die Not resp. das Schicksal dieser Menschen. Er stand nicht abseits und machte es sich zur Aufgabe, ja man könnte sagen, zumal er selbst vom Schicksal hart getroffen war, zur Lebensaufgabe, seinen Mitmenschen zu helfen und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.



Aus seinem letzten Beruf als Postmeister schied er wegen seiner Kriegsdienstbeschädigung aus. Er zog von Ort zu Ort, ja sogar von Haus zu Haus im Kreise Höxter, um schließlich zu dem stolzen Ergebnis der Gründung von 56 Ortsgruppen zu gelangen.

Unermüdet war er am Aufbau des Kreisverbandes Höxter tätig und seit zehn Jahren bekleidet er bereits das Amt des ersten Vorsitzenden. Kamerad Reinaecker ist Besitzer der goldenen Ehrennadel.

Dem Kameraden Reinaecker ein ebenso herzliches „Glückauf“ für das nächste Jahrzehnt treuer Kameradschaft zum VdK Deutschlands.

### VdK-Versammlung

**Beverungen.** Die VdK-Ortsgruppe hält morgen, Freitag, 20 Uhr, im Kolpinghaus eine Versammlung. Kamerad Schmidt vom Landesverband Düsseldorf spricht über das Thema „Sozialversicherung“.

*12.6.62*

## UNSERE

**Wir gratulieren**

**Beverungen.** Heute vollendet unser Mitbürger Gustav Dierlich, Unter den Selskämpern 8, sein 70. Lebensjahr. Er ist in Bad Charlottenbrunn im Kreis Waldenburg geboren und war in Kunzendorf, in seiner schlesischen Heimat, mehrere Jahrzehnte Prokurist in einer Papierfabrik. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft fand er hier in Beverungen die zweite Heimat. Der einzige Sohn fiel im Kriege, seine Tochter, die bei Köln verheiratet ist, schenkte ihm vor Weihnachten ein Enkelkind. In Beverungen stellt sich der Jubilar jeden Montag in Sprechstunden des VdK hilfsbereit zur Verfügung. Wir wünschen dem Geburtstagskind auch weiterhin einen schönen Lebensabend.

*Wird in Zeitung vom 11.1.61*

Gott, der Herr:  
„Fürchte Dich nicht, denn ich habe Dich erlöst,  
ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen;  
Du bist mein.“



Gedenket im Gebete  
und beim hl. Opfer  
unseres lieben Heimgegangenen  
Kreisoberinspektor

**Josef Rosenthal**

geb. am 19. Februar 1903 in Höxter  
gest. am 6. Juni 1962 in Paderborn

Allmächtiger, barmherziger Gott, der Du in Deiner anbetungswürdigen Vorsehung uns den Augenblick des Todes bestimmt hast, wir bitten Dich aus vertrauensvollem Herzen, siehe gnädig auf die Seele Deines Dieners Josef und nimm sie auf in Deinen ewigen Frieden.



2. Kriegsofferkongress in Bonn am 17.9.1962  
in der Pechvogelhalle Teilnehmer: Kam Reinicker.

# Übergangshilfe stört den Koalitionsfrieden

## Kabinett: Keine weiteren Mittel für Beamte und Kriegsoffer

Von unserem Korrespondenten Dieter von König

**Bonn** — Die geplante Übergangshilfe für die Bundesbeamten und die Kriegsoffer ist wieder gefährdet. Das Bundeskabinett hat sich auf seiner gestrigen Sitzung entschieden, hierfür keine Gesetzesvorlage einzureichen. Diese Absage wurde in Bonn als eine Brückierung der Koalitionsparteien betrachtet.

Diese waren nämlich am Vortag grundsätzlich, wenn auch unter Vorbehalt, für diese Übergangshilfen eingetreten.

Das Kabinett hat gestern die Absage ausdrücklich mit seinen neuen Sparsamkeitsgrundsätzen begründet. Dagegen hat es nicht die Staatskassen herangezogen, von denen inzwischen bekannt wurde, daß sie gar nicht bis zum letzten Pfennig leer sind.

Bundespresseschef von Hase pflichtete im übrigen bei der Bekanntgabe des Kabinettsbeschlusses dem Grundsatz bei, daß Zahlungen an die Beamten und die Kriegsoffer sich gegenseitig bedingen. Er konnte allerdings keine Angaben darüber machen, ob die Bundesregierung auch entschlossen ist, etwaige Zahlungsbeschlüsse des Parlaments durch Anwendung von Artikel 113 des Grundgesetzes zu blockieren. Nach Artikel 113 bedürfen parlamentarische Beschlüsse, welche die von der Regierung vorgeschla-

genen Ausgaben des Haushalts erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen, der Zustimmung des Kabinetts.

Im Anschluß an die Beratungen des Kabinetts fand eine Koalitionsbesprechung beim Kanzler statt, die wieder ergebnislos blieb. Erst am Dienstag soll weiter verhandelt werden. CDU- und FDP-Sprecher meinten gestern, die Kabinettsbeschlüsse seien nicht absolut für sie bindend. Die SPD bedauerte, daß die Beamten nunmehr zum Opfer koalitionsinterner Auseinandersetzungen geworden seien. Sie will jetzt auf schnelle Beratung ihres Antrages auf Zahlung von 50 Prozent Übergangsgeld im Innenausschuß drängen und spekuliert hierbei sogar auf die Stimmen der FDP.

In der CDU wird die Meinung vertreten, daß eine Initiative der Koalitionsparteien trotz des gestrigen SPD-Beschlusses davon abhängt, ob das

Kabinetts Artikel 113 anwendet oder nicht. Die Minister hätten sich hierüber nicht deutlich ausgesprochen. CDU-Kreise bezeichneten überdies die Anwendung dieses Artikels als nicht möglich, wenn der Bundestag zugleich mit den Mehrausgaben für die Beamten und Kriegsoffer im Betrage von rund 250 Millionen entsprechende Minder Ausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle, beispielsweise die Inanspruchnahme von nicht verausgabten Etatsresten, beschließt. Allerdings könnten unter Vermeidung von Artikel 113 nur solche Minder Ausgaben beschlossen werden, zu denen die Regierung nicht etwa durch Verträge oder Gesetze verpflichtet sei.

Der Deutsche Beamtenbund hat die Entscheidung des Bundeskabinetts scharf kritisiert. Er hat die Fraktionen des Bundestages schriftlich aufgefordert, dem Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer Ausgleichszahlung zuzustimmen.

## Überbrückungsgeld für Beamte und Kriegsoffer weiter offen

### Kabinett lehnt Zahlung ab / Koalition berät nächsten Dienstag

Von unserem Bonner Büro

**Bonn.** Auch nach einer Kabinettsitzung und einer erneuten Koalitionsbesprechung ist es noch unklar, ob die Bundesbeamten und die Kriegsoffer für das Jahr 1962 ein Überbrückungsgeld erhalten.

Die Entscheidung wird nicht vor Dienstag nächster Woche fallen, wenn ein weiteres Koalitionsgespräch sowie Fraktionssitzungen der CDU und FDP stattfinden. Für heute angesetzte Beratungen der Koalitionsvertreter wurden abgesetzt. Zwei Gründe waren hierfür maßgebend: zum einen soll Finanzminister Starke seine Ist-Zahlen des Bundeshaushalts 1962 noch einmal überprüfen, zum anderen will man die Entscheidungen des Finanzausschusses des Bundesrates abwarten, der gegenwärtig in Bonn den Haushaltsvorschlag 1963 berät.

Das Überbrückungsgeld nahm in der Kabinettsitzung einen kleineren Raum ein als erwartet. Staatssekretär von Hase erklärte hinterher: Die Bundesregierung verweise auf ihren

familiengerechte Aufbesserung der Bundesbeamtenbesoldung durchzuführen. Darüber hinaus sehe sie sich nicht veranlaßt, ein Überbrückungsgeld für 1962 zu zahlen, weil sich dies nicht mit dem Grundsatz der Sparsamkeit vereinbaren lasse. Der Kernfrage, ob die Regierung, wie der Bundeskanzler angedroht hatte, den Grundgesetzartikel 113 anwendet, um Beschlüsse des Bundestages über ein solches Überbrückungsgeld zu Fall zu bringen, wich von Hase aus.

Nach der Kabinettsitzung unterrichtete Dr. Adenauer die Koalitionsfraktionen. An dem Gespräch nahmen von Brentano, Schmücker, Nideralt (CDU/CSU), Mende, Döring (FDP) und Minister Starke teil.

Die Zusage des CDU-Abgeordneten Arndt auf dem Bonner Kriegsofferkongress, mit einem Überbrückungsgeld für Bundesbeamte werde auch eine Zusatzzahlung an Kriegsoffer verbunden sein, hat bei der CDU-Fraktion nicht ungeteilten Bei-



# Großes VdK-Treffen in Beverungen Eine eindrucksvolle Kundgebung

Foto: P. P. 19.9.62

Uitiges Vertrauen für Kreisvorsitzenden Reinaecker und Gesamtvorstand / Jubilare wurden geehrt / Der VdK und seine Forderungen

Während sich die Fahnen senkten und das Lied vom guten Kameraden erklang, hielt der 1. Kreisvorsitzende Heinrich Reinaecker (Beverungen) die Gefallenenehrung.

des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner wurde das zweitägige große VdK-Treffen des Kreisverbandes Höxter in Beverungen. In den Zelten an der Weser, auf dem Hakel, fanden sich die Kriegsoffer mit ihren Gästen aus dem ganzen Kreisgebiet ein, und sie dokumentierten damit erneut, wie sehr sie sich in den vergangenen 15 Jahren seit Bestehen des Kreisverbandes zu einer großen Familie zusammengefunden haben. Einig in den Zielen und einig in der Kameradschaft, die über die Zeit hinaus dauern soll!

Eingeleitet wurden die Veranstaltungen dieses VdK-Treffens durch die Kreisdelegiertentagung am Vortage. Sie stand ebenso wie die große Kundgebung unter dem Motto „Der einzige Sinn des Lebens ist, der Menschheit zu dienen“. Einmütigkeit hatte bisher schon immer die Kameraden und Kameradinnen bei ihren Tagungen beseelt, auch diesmal wurden sämtliche Beschlüsse in aller Einstimmigkeit gefaßt. Sowohl die entgegengenommenen Berichte der einzelnen Kreisvorstandsmitglieder als auch die Entlastung und vor allem die Neuwahl des Vorstandes waren einmütig.

Seit Bestehen des Kreisverbandes erhielt Kreisvorsitzender Heinrich Reinaecker (Beverungen) wiederum das einstimmige Vertrauen bei der Wiederwahl. 14 Jahre lang führt er damit den Kreisverband, für weitere drei Jahre wählte man ihn nun wieder: das beste Zeichen für die Treue, die der Kreisverband ihm entgegenbringt, wie auch er dem Verband die Treue gehalten hat. Auch der übrige gesamte Kreisvorstand wurde auf weitere drei Jahre wiedergewählt. — Die nächste Kreis-tagung (in drei Jahren) wurde für Nieheim bestimmt.

schweren und ersten Zeit nicht morgen schon zu uns Kriegsoffern gehören wird!“ Und darum fordern wir gerade auch im Zeichen des so vielgepriesenen „Wirtschaftswunders“ die Erfüllung unserer gerechten Forderungen für alle Kriegs- und Ar-

beitsopfer. Mit dem Dank an alle, die bisher mitgeholfen haben, verband der 1. Kreisverbandsvorsitzende die Bitte, auch weiterhin nicht nachzulassen in ihrer Treue zur größten Organisation im Kreisgebiet Höxter.

Die Musik intonierte „Wir treten zum Beten“, und Kamerad Reinaecker ehrte bei gesenkten Fahnen die Gefallenen aller Kriege. 55 Millionen Tote des zweiten Weltkrieges hüben und drüben — das sollte allen die Verpflichtung auferlegen, sämtliche Probleme auf dieser Welt im Frieden zu lösen. „Volk, vergiß deine Toten nicht, vergiß aber auch nicht uns lebende Kriegsoffern!“

Landrat Weiskamp überbrachte der Tagung die Grüße und Wünsche des Kreises Höxter. Der Staat habe die Verpflichtung, gerade der Kriegsoffern zu helfen und für Gerechtigkeit zu sorgen. „Wunden heilen ist immer besser als Wunder schlagen!“

Amtsbürgermeister Schübele entbot der Versammlung Gruß und

## Die machtvolle Kundgebung

Der Haupttag des großen VdK-Treffens begann nachmittags in den Festzelten auf dem Hakel, nachdem am Vormittag die Gottesdienste beider Konfessionen gewesen waren. Der Beverunger Ortsgruppen-Vorsitzende Otto Stöhr hieß zu Beginn alle Mitglieder und Gäste aufs herzlichste willkommen. Vertreter des öffentlichen Lebens, der Geistlichkeit, der Bundeswehr, der Vertretungen und Verwaltungen, der Parteien und Organisationen waren in so großer Zahl erschienen (eingeladen waren mehr als hundert!), daß es unmöglich war, sie einzeln zu begrüßen.

Nachdem die Hinterbliebenenbetreuerin der Ortsgruppe Beverungen, Frau Grete Vandieken, das Friedens-Credo des Weltfrontkämpferverban-

des gesprochen hatte, hielt der 1. Kreisverbandsvorsitzende Heinrich Reinaecker seine Ansprache. In Kameradschaft und im lebendigen Bewußtsein gern übernommener Verantwortung für das ganze deutsche Volk habe der VdK vor nunmehr 15 Jahren seine Arbeit auch im Kreisgebiet Höxter begonnen. In dieser Aufgabe habe man sich zusammengefunden und zweifellos einen fruchtbareren Dienst geleistet. Heute dürfe man stolz sein auf das, was bereits erreicht sei. Man wolle aber nicht ausruhen, sondern weiterhin helfen.

„Niemand weiß, ob er in dieser



Wunsch des Amtes und der Stadt Beverungen. Über der Führung von Heinrich Reinaecker sei der Kreisverband des VdK nicht mehr denkbar, ihm und seinen Mitarbeitern zu helfen in ihrem schweren Amt soll allen Stellen eine Verpflichtung sein.

Wilhelm Gockeln (Blankenau Mitglied des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, ermahnte alle, nicht nachzulassen in ihrer Aufgabe, die Kriegs- und Arbeitsopfern zu helfen. Gerade aus seiner Tätigkeit im Landschaftsverband wisse er besonders zu würdigen, welche segensreich Tätigkeit die Sorge um die Kriegsoffer zu erfüllen habe.

Bürgermeister Brinkmann aus Lauenförde schloß sich mit guten nachbarschaftlichen Grüßen an und wünschte ebenfalls der Tagung einen guten Erfolg.

Mit besonderem Interesse erwartet wurde sodann das Hauptreferat dieses VdK-Treffens. Der Leiter d. Rechtsabteilung des VdK, Karl Brune (Bielefeld) sprach ausführlich über die Frage: „Unsere Ford-

erung zum 2. Neuordnungsgesetz. Zuvor überbrachte er dem Kreisverband und seiner Tagung die Grüße und Wünsche des Landesverbandes und vor allem seines Vorsitzenden und zugleich Vorsitzenden des Gesamt-VdK, Dr. Weltersbach. Die Versammlung nahm diesen Gruß mit Beifall entgegen.

Karl Brune sprach eingehend über das zweite Neuordnungsgesetz und über das, was sich die Kriegsoffern im VdK davon erhoffen und fördern. Die Zuhörer folgten seinen Ausführungen mit besonderem Interesse und immer wieder quittierten sie die Darlegungen mit lautem Beifall.

Die Ehrung der Jubilare schloß sich an. Für einen Kameraden hi-

Mit dem gemeinsamen Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“ schloß der offizielle Teil der Kundgebung. Jetzt geht es weiter an die gemeinsame Arbeit. Der Kreisvorstand unter der Leitung von Heinrich Reinaecker besteht aus dem 2. Kreisvorsitzenden Walbaum (Steinheim), dem 1. Schriftführer Einfeld (Bad Driburg), dem 2. Schriftführer Jürgens (Lügde), dem 1. Kassierer Wiemann (Höxter), dem 2. Kassierer Hohehaus (Nieheim) und der Hinterbliebenenbetreuerin Frau Oeynhaus (Brakel).

In bester Harmonie und Kameradschaft blieben alle Gäste noch manches Stündchen beisammen. Als es denn an der Zeit war, daß die Pioniere aus Höxter — ein ganzer Zug war nach Beverungen gekommen — wieder heim mußten, da intonierte die Kapelle unter der Leitung von

Präsident: Josef Forman  
1. H. H. Beckel - Becken  
Kassierer: ...  
Schriftführer: ...  
Hinterbliebenenbetreuerin: ...



# VdK pflegt engen Kontakt mit der Bundeswehr

## „Wehrdienst fordert auch Opfer im Frieden“

**W.F.** Großkundgebung anlässlich der Kreisdelegiertentagung in Beverungen  
10.9.62

Beverungen. Anlässlich des Kreisdelegiertentages in Beverungen veranstaltete in Beverungen der VdK-Kreisverband Höxter in einem Zelt am Hakel eine Großkundgebung. Es war erfreulich, daß die Spitzen der Behörden aus dem Kreis, die Vertreter aus Industrie und Wirtschaft, die Geistlichen beider Konfessionen, die Bür-

germeister aus dem Amtsbezirk und der benachbarten Gemeinde Lauenförde, Vertreter der Bundeswehr mit einer Gruppe von 40 jungen Soldaten, Vertreter des Kriegervereins und des Schützenvereins der Einladung gefolgt waren, um sich über die Ziele des VdK für eine ausreichende Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer zu informieren.

Kreisverbandsvorsitzender Reinaecker führte nach Worten der Begrüßung aus, daß der VdK nun 15 Jahre bestehe und die Arbeit im VdK nach einer Kameradschaft durch Fronterleben in der Verantwortung gegenüber den Gefallenen geleistet werde. Erfreulich sei es deshalb auch festzustellen, daß in dieser Betreuungsarbeit ein enger Kontakt mit der Bundeswehr gepflegt werde.

Gerade für die jungen Soldaten sei es wichtig zu wissen, daß Wehrdienst auch Opfer im Frieden erfordere und die Versorgung nach dem gleichen Gesetz erfolge. Die Forderung nach einer gerechten Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer bestehe deshalb zu recht. Sein Dank galt all denen, besonders den Leitern der Behörden, die bei der Sorge um die Kriegsopfer hilfsbereit und entgegenkommend mitgeholfen haben.

Mit dem Niederländischen Dankgebet wurde überleitet zur Ehrung der Gefallenen beider Kriege. Besondere Würdigung fand dabei der Tod des VdK-Präsidenten Hans Nitzsche, der im Mai dieses Jahres nach einem Leben voller Hilfsbereitschaft für die Kriegsopfer verstorben ist. Den Gefallenen galt der Schwur: „Ihr Toten seid nicht vergessen, die ihr Euer Leben für Heimat und Vaterland hingegeben habt.“ Während des Liedes vom „Guten Kameraden“ trugen drei Mitglieder einen Kranz vom Zelt zum Ehrenmal am Rathaus.

- In seinem Grußwort an die Delegiertenkonferenz zitierte Landrat
- Weskamp den Dichter Freiligrath
- „Ringsum der Kampf aufs Messer,
- Heilen der Wunden ist besser“.
- Und gerade dieses Bemühen des
- VdK, den Kameraden, den Wit-
- wen und den Waisen der Gefal-
- lenen zu helfen, gebühre besonde-
- rer Dank.

Amtsbürgermeister Schübeler stellte fest, daß die Arbeit der ehrenamtlichen Kräfte des VdK der Verwaltung viel Sorge und Arbeit abgenommen habe. Hier sei für diese Arbeit besonders dem Kreisvorsitzenden Reinaecker zu danken.

Der Vertreter des Landkreises Höxter im Landschaftsverband, Herr Gockeln, betonte, daß er vor drei Jahren beim Verbandstag des VdK die Feststellung getroffen habe: „Gäbe es den VdK noch nicht, so müßte er geschaffen werden“. Diese Feststellung gelte nach wie vor. Leider sei aber auch festzustellen, daß soziale Sicherheit im Zeichen des Wirtschaftswunders von manchen nicht verstanden werden. Deshalb sei hier auch eine Aufklärung erforderlich, denn soziale Sicherheit sei die Voraussetzung in einem sozialen Rechtsstaat

### Zufriedenstellend betreut

Bürgermeister Brinkmeyer aus Lauenförde sprach den Dank dafür aus, daß viele Bürger aus Lauenförde als Mitglieder der VdK-Ortsgruppe Beverungen zufriedenstellend betreut worden sind.

In einem Referat behandelte der Leiter der Rechtsabteilung Herford, Karl Brune, der zugleich Kreisvorsitzender des Kreises Wiedenbrück ist, die noch ausstehenden Probleme der Kriegsop-

ferversorgung. Er stellte dabei die Frage in den Vordergrund: Wie denken wir uns die Entwicklung der Versorgung. Schon jetzt sei bei der Anmeldung des Bedarfs der einzelnen Bundesministerien festzustellen, daß für 1963 nicht eine bessere Versorgung vorgesehen sei, sondern sogar noch Einsparungen im Kriegsopferetat durch Tod der Beschädigten und Eltern, sowie Herauswachsen der Waisen aus der Versorgung erfolgen sollten. Andererseits sei eine steigende Preisentwicklung überhaupt nicht berücksichtigt.

- Im Gegenteil wurde festgestellt,
- daß die durch die Preisentwick-
- lung gezahlten Mehrbeträge aus
- der Rentenversicherung bei der



Der Leiter der Rechtsabteilung Herford, Karl Brune, behandelte in seinem ausführlichen Referat die noch ausstehenden Probleme der Kriegsopferversorgung.

- Ausgleichsrente wieder abgezogen
- würde, so daß den Kriegsopfern
- diese Anhebung infolge der Preis-
- steigerung nicht zugute käme.

Wenn jetzt vom zuständigen Minister ein Härteausgleich erwogen werde, so müsse dem entgegengehalten werden, daß nicht ein Härteausgleich, sondern eine gerechte Versorgung und die Einhaltung der Versprechungen aus der Vergangenheit gefordert werden müsse. Es sei sogar festzustellen, daß bei einer gutgehenden Wirtschaft die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz nach dem 1. Weltkrieg besser war als sie nach dem Bundesversorgungsgesetz ist. Diese Feststellung war besonders bei den Kriegsopfern des Saarlandes zu treffen, die vor dem Anschluß an die Bundesrepublik nach dem früheren Versorgungsrecht Renten erhielten.

Ein Vorschlag, wegen der Preissteigerungen ein Überbrückungsgeld zu zahlen, sei abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß Mittel nicht zur Verfügung stehen. Der VdK stehe auf dem Standpunkt, für diesen Zweck die Einsparungen aus der rückläufigen Entwicklung der Versorgung bereitzustellen. Besonders in der Versorgung der Beschädigten, Witwen und Waisen sei auf der Verbandskonferenz in Bochum eine bessere

Relation mit Anhebung der Grundrenten gefordert worden.

In Beispielen legte der Redner klar, wie ungerecht die Versorgung gegenüber der Unfallversorgung und vor allem nach dem Wiedergutmachungsgesetz sei. Wichtig seien diese Forderungen für die Angehörigen der Bundeswehr, die bei Vorliegen einer Wehrdienstbeschädigung nur die gleichen Leistungen erhalten.

Nach den eingehenden Schilderungen, die in sachlicher Form erläutert und vorgetragen wurden, sprach Kreisvorsitzender Reinaecker dem Redner den Dank aller Anwesenden aus.

### Zahlreiche Ehrennadeln

- Nach dem Dank an die Mitglie-
- der für ihre Treue und Hilfsbe-
- reitschaft innerhalb des Verbandes
- überreichte der Vertreter des Lan-
- desverbandes einer größeren An-
- zahl von Mitgliedern goldene und
- silberne Ehrennadeln des Ver-
- bandes.

Ein Tanz und frohes Zusammensein im großen Zelt verlief in guter Harmonie. Ein besonderes Lob gilt dafür der Musikkapelle der ehemaligen Pioniere unter der Leitung von Musikmeister Probst und dem Zeltwirt Josef Mellenbrock aus Vinsebeck.



## Jeder ist dafür verantwortlich, zugefügten Schaden gutzumachen

Arbeitstagung des VdK-Kreisverbandes

**Beverungen.** Delegierte aus allen Ortsverbänden des Kreises Höxter hatten sich zu einer Konferenz im Zelt am Hakei eingefunden. In dieser Arbeitstagung wurden alle Fragen behandelt, die Beschädigte, Hinterbliebene und Arbeitsopfer bewegt. Kreisvorsitzender Reinaecker setzte sich bei der Behandlung des Versorgungsrechts mit dem sogenannten Ausdruck „Bagatellrente“ auseinander. Er stellte dazu fest, daß diese Renten tatsächlich verschiedentlich Bagatellen seien, nicht aber die Schäden!

Nach dem bürgerlichen Recht sei jeder dafür verantwortlich, zugefüg-

ten Schaden gutzumachen. Dieser Grundsatz müsse auch für den Staat in der Versorgung der Kriegsopfer gelten, denn jeder Kriegsbeschädigte ist gegenüber seinem Berufskollegen benachteiligt.

Der Vertreter des Landesverbandes und Kreisvorsitzender Brune, Wiedenbrück, sprach eingehend über die geforderten Verbesserungen zur Versorgung der Kriegsopfer und Hinterbliebenen. In Beispielen legte er klar, welche Verbesserungen unbedingt erforderlich sind, um eine gerechte Versorgung zu sichern.

Einen Erfolgsbericht, so kann man die Ausführungen nennen, gab der Leiter der Kreisgeschäftsstelle, Birkenwerder. Wurden hier doch die Erfolge des VdK in sprechenden Zahlen offenkundig. Weit über eine Million Mark wurden in den Jahren der Betreuung durch den Kreisverband teils in Anfechtung der Bescheide und beim Sozialgericht für die Mitglieder aus dem Kreis erstritten.

Nach Worten des Dankes durch den Kreisvorsitzenden Reinaecker für die Mitarbeit im Kreisvorstand und an die vielen Helfer in den Ortsgruppen wurde der Vorstand neugewählt. Erfreulich war hier zu verzeichnen, daß Kreisvorsitzender Reinaecker in Einzelwahl einstimmig und der gesamte übrige Kreisvorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde. Als Vertreter der Hirnverletzten wurde Erich Jurak (Amelunxen) und als weiterer Kasensprüfer Kamerad Prior (Höxter) gewählt.

■ Nach einem gemeinsamen Mittagessen referierte der Leiter der Rechtsabteilung, Brune, über die Prozeßführung. Er stellte heraus, daß es hier das ehrliche Bemühen der Rechtsabteilung sei, den Mitgliedern zu helfen. Zu helfen sei aber nur da, wo von vornherein auch nur die Chance zu einem Erfolg festzustellen sei.

Unberechtigte Prozeßforderungen können und dürfen nicht durchgeführt werden, damit die Glaubwürdigkeit der Vertreter des Verbandes gewährleistet sei. Erforderlich sei, daß in diesem Bemühen von den Mitgliedern das richtige Verständnis entgegengebracht und alle Aufschlüsse und Merkmale für die Vertretung geoffenbart werden.

● Die Arbeitstagung gab den Beweis einer guten Zusammenarbeit zwischen Ortsverbänden, Kreisverband und der Rechtsabteilung. ● Die erzielten Erfolge beweisen, daß mit dieser Arbeit vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen werden konnte.

### 9.10.62 Kriegsbeschädigte erwidern Besuch

**Beverungen.** Die Ortsgruppe des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner ruft ihre Mitglieder auf, möglichst vollzählig am Manöverball der Höxterschen Pioniere am 11. Oktober im Kolpinghaus teilzunehmen. Sie wollen dadurch die Teilnahme der Pioniere an ihrem großen Herbsttreffen am 15. und 16. September in Beverungen erwidern.

### Blumenkohl Suppe

Bratwurst mit Sauerkraut	3.-
oder	
Rindergoulasch mit Delikatess-Gurke	3.50
oder	
Schweineröllbraten mit Rotkohl	4.-
oder	
Schweinekotelett mit Rotkohl	4.-
oder	
Rinderroulade mit Erbsengemüse	4.50

### Kompott

Vom der Ortsgruppe Beverungen waren mitgenommen als Delegierte bei:  
 Otto Schöler, Fritz Dicker, Arde Vandenker, Ferdinand Weyh, Christof  
 Christoph Dietrich, Helge Hölke, Maria Föll, Heinrich van der  
 ...



2. Kriegsopferkongress in Bonn am 17.10.62

## Nur Grundmann freundlich begrüßt

Die Kriegsopfer demonstrierten in Bonn

Von unserem Korrespondenten RUDI KILGUS

Bonn. Hätten die zweitausend Vertreter der Kriegsopferverbände, die in der Bonner Beethovenhalle lautstark ihre Forderungen auf Erhöhung der Kriegsopferbezüge anmeldeten, das wenig später vorliegende Ergebnis der Kabinettsitzung gekannt, das Inferno wäre nicht ausdenkbar gewesen. Aber auch so hatten die Redner der Bundestagsfraktionen, Arndgen (CDU), Mende (FDP) und Merkten (SPD) alle Mühe, gegen die Mißfallenskundgebungen anzukämpfen.

### Pfui-Rufe und Gelächter

VdK-Präsident Weltersbach stellte mit Enttäuschung fest, daß kein Bundesminister anwesend war. Die Mitteilung, die Regierung werde sich über den Kongreß informieren lassen, erregte stürmische Heiterkeit. Die guten Wünsche des Bundeskanzlers, die Arndgen vortrug, gingen in Pfui-Rufen und im Gelächter unter. Jedesmal, wenn der Name des Bundesarbeitsministers Blank fiel, gab es Mißfallenskundgebungen. Mit Jubel wurde lediglich der nordrhein-westfälische Sozialminister empfangen, der vom Präsidenten als „unser Kamerad Grundmann“ vorgestellt wurde.

Die Reden des Kongresses waren eine einzige Demonstration dagegen, die Kriegsopferversorgung, wie

Blank beabsichtigt, im Rahmen des Sozialpaketes anzufassen. So hatten es die Sprecher der FDP und SPD relativ leicht, in die Kerbe zu hauen.

Der Vorsitzende des Bundes der Kriegsblinden, Dr. Ludwig, wandte sich mit dem Hinweis an sein Publikum, daß nicht die Kriegsopfer, sondern das ganze Volk den Krieg verloren habe. Was solle man wohl, so meinte er, von einer Regierung halten, die nicht zu ihren Versprechungen stehe. Aus der Menge kam der Zwischenruf: „Adenauer war ja nie Soldat“. Pfui-Rufe entlockte der Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Kleine, der Versammlung, als er berichtete, sein Verband bemühe sich seit einem Jahr vergeblich um ein Gespräch bei Bundeskanzler Adenauer. Empörung machte sich Luft, als Frau Brockmann, Mitglied des VdK-Präsidiums, bekanntmachte, daß Blank eine Delegation des Verbandes dreieinhalb Stunden habe warten lassen.

Es sei beklagenswert, meinte Dr. Mende, daß die Kriegsopfer ihre berechtigten Forderungen mit Hilfe von Demonstrationen hatten unterstreichen müssen. Er bezeichnete es als „volkswirtschaftlichen Unsinn“, 700 000 Gastarbeiter zu beschäftigen und andererseits die Leistungskraft

von Kriegsbeschädigten unter fiskalische Strafe zu stellen. Was allerdings sein Parteifreund, Bundesfinanzminister Starke, für Vorstellungen hat hinsichtlich der Höhe der im Neuordnungsgesetz zur Verfügung zu stellenden Mittel, verschwieg Mende diskret. Und dies wiederum fand die Kritik des VdK-Präsidenten Weltersbach.

### Eine Milliarde gefordert

„Lüge, Lüge“, erscholl es, als der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Arndgen ankündigte, Blank werde in Kürze die Neuordnung der Kriegsopferversorgung anpacken. „Buh“, kam es aus den Reihen, als er betonte, wie sehr die Kriegsopfer seiner Fraktion am Herzen lägen. Der SPD-Sprecher Merkten häufte alle Schuld an der unzureichenden Fortentwicklung des Kriegsopferrechts auf die Koalitionsparteien.

Die von den Kriegsopferverbänden in Bonn erhobenen Forderungen umfassen rund eine Milliarde Mark. In der Begründung dieser Forderungen sagte der Vizepräsident des VdK, Hoenle, die Kriegsopferversorgung sei ein rechtsstaatliches Problem erster Ordnung und werde zu einem Prüfstein dafür, inwieweit die Verfassungswirklichkeit dem geschriebenen Verfassungsrecht entspreche. Tosenden Beifall erntete sein Mahnruf, man dürfe mit dem Sparen und Maßhalten nicht ausgerechnet bei denen anfangen, die ihre Gesundheit für das deutsche Volk geopfert haben.



TEILNEHMERKARTE

Großkundgebung

3. Nov. 1962 / 11 Uhr

in der  
Westfalenhalle Dortmund



## Buh-Rufe gegen den Kanzler

### VdK fordert bessere Versorgung

Bonn (dpa) — Etwa 2000 Kriegsoffer aus allen Teilen der Bundesrepublik forderten gestern auf dem zweiten deutschen Kriegsoferkongreß in Bonn bessere Leistungen des Staates und eine sofortige Novelle zum Kriegsoferversorgungsgesetz. Piurufe und ironisches Gelächter begleiteten die Reden der Vertreter der Kriegsofervverbände und von Sprechern der drei im Bundestag vertretenen Parteien, sobald die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage erwähnt oder kritisiert wurde. Buh-Rufe ertönten, als das Grußtelegramm des Bundeskanzlers verlesen wurde, in dem er erklärte, er werde mit Interesse die Vorschläge des Kongresses prüfen.

Die Tagung in der Beethovenhalle begann zur selben Stunde, als das Bundeskabinett und daran anschließend der Koalitionsausschuß über eine Ausgleichszahlung für Beamte und Kriegsofer beratschlagte (siehe nebenstehenden Bericht). Der Vizepräsident des Verbandes der Kriegsbeschädigten (VdK), Ludwig Hönle, forderte, die Grundrenten für die Beschädigten sollen von seither 200 auf mindestens 250 Mark und die Witwenrenten von 100 auf 150 Mark erhöht werden. Für die Vollwaisen sollen statt 60 mindestens 75, für ein Elternpaar 200 statt 150 Mark und für ein Elternteil 150 statt 100 Mark Grundrente gezahlt werden. Ferner sollen die Witwen einen Ausgleich für erlittenen wirtschaftlichen Schaden erhalten, die Schwerstbeschädigtenrente um zwei Stufen erweitert und die Anrechnungsbestimmungen wesentlich verbessert werden.

Die Sprecher der Parteien bezeichnen die Forderung der Kriegsofer übereinstimmend als berechtigt. FDP-Fraktionsvorsitzender Mende teilte mit, zwischen den Koalitionsparteien bestehe Übereinstimmung, die Beamten und die Kriegsofer gleich zu behandeln.

## Halber Sieg

HG — Das letzte Wort über die Ausgleichszahlung für Beamte und Kriegsofer ist sicher noch nicht gesprochen, obwohl das Bundeskabinett gestern gegen den Stachel der eigenen Regierungsparteien löckte, die beide schon auf Zahlen festgelegt schienen. Wie man auch zu dieser Sache steht — am schwersten erträglich, nicht zuletzt für die Betroffenen, ist unzweifelhaft das ewige Hin und Her.

Es ist dabei nicht allzu überzeugend, daß die Regierung gerade bei diesen beiden Gruppen ihren Maßhalte-Appell so streng befolgt. Denn die Gehälter der Beamten, vor allem der kleineren, und erst recht die Renten der Kriegsofer hinken dem Wirtschaftswunder beträchtlich nach. Man kann dem nicht einfach entgegenhalten, irgendwo muß angefangen werden. Das hieße amtlich das Sprichwort bestätigen: Den letzten beißen die Hunde.

Stärker ist schon das Argument, es sei einfach kein Geld mehr für diese Ausgaben da. Merkwürdigerweise scheint der Bundesfinanzminister selbst dieses Argument erschüttert zu haben durch Äußerungen, die zumindest sehr mißverständlich waren. Darauf angesprochen, verwies er auf den Unterschied zwischen einem Etat ohne „Polster“ und einer trotzdem denkbaren Kassenfülle, weil irgendwelche vorgesehenen Ausgaben zu einem bestimmten Zeitpunkt noch nicht erfolgt seien. In der Öffentlichkeit und bei seinen eigenen Parteifreunden ist jedenfalls der Eindruck entstanden, Starke könne das notwendige Geld doch noch aufbringen.

Daß das Kabinett und insbesondere der Bundesfinanzminister in dieser Sache von ihren Abgeordneten unter Druck gesetzt werden, ist begreiflich, zumal im Hintergrund noch ein Antrag der Opposition droht. Wenn die Regierung trotzdem jetzt Festigkeit exerziert, so könnte das fast wie ein Sieg des Finanzministers aussehen, den er mit dem Kanzler als Bundesgenossen errungen hätte. Fragt sich nur, wie lange das dauert — ganz abgesehen davon, daß sich auch aus anderem Anlaß über Starkes Haupt ein Unwetter zusammenzubrauen scheint.

Man wird also damit zu rechnen haben, daß die Regierungsparteien in dieser Sache keine Ruhe geben. Wenn sie dabei auf den glorreichen Gedanken kämen, entsprechende Einsparungen an anderer, zumutbarer Stelle vorzuschlagen, wird das Kabinett nur zu glücklich sein, von seinem gestrigen Beschluß abzugehen, und auch nicht das Grundgesetz gegen das Parlament mobilisieren.



## Der Kreis Höxter ist schön

VdK-Ortsverband fuhr mit 100 Mitgliedern hinaus

12.8.62  
Beverungen. Mit zwei vollbesetzten Omnibussen startete auch in diesem Jahr der VdK-Ortsverband Beverungen zu einem Sommerausflug. Das Ziel sollte weit über die Grenzen des Heimatkreises hinausgehen. Annähernd 100 Mitglieder nahmen die Gelegenheit wahr, um im kameradschaftlichen Kreis Freude und Frohsinn zu erleben.

Bei strahlendem Sonnenschein ging die Fahrt über Tietelsen durch die Kühle des Waldes über Erkeln nach Brakel. Hier, am Ehrenfriedhof des Kreises, wurde der dort bestatteten Soldaten und aller gefallenen Angehörigen gedacht. Kreisverbandsvorsitzender Reinaecker hielt eine kurze Gedenkansprache. Er würdigte dabei insbesondere, daß der damalige Landrat Thiele der Initiator für diesen würdig gestalteten Ehrenfriedhof war.

Auf der Weiterfahrt wurde eine kurze Rast in Marienmünster gehalten und hier die herrliche Klosterkirche besichtigt. Vom benachbarten Köterberg bot sich den Fahrtteilnehmern eine gute Aussicht auf das Weserbergland. Die Weiterfahrt ging über Lügde, die Stadt der Osterräder, nach Bad Pyrmont. Während einer längeren Rast war hier

Gelegenheit, den herrlichen Kurpark mit dem Palmengarten zu besichtigen.

Auf der Rückfahrt wurde eine Rast in Vinsebeck eingelegt, wo Humor und Frohsinn in geselliger Runde die Stunden alizuschnell davonziehen ließen. Am späten Abend wurde die Heimat an der Oberweser erreicht. Für alle Teilnehmer war der Tag ein schönes Erlebnis. Sie werden noch lange an die Fahrt, die in schönster Harmonie verlief, zurückdenken.

## UMGEBUNG

### Großes VdK-Treffen

WZ 4.9.62  
Beverungen. Am 15. und 16. September ist in Beverungen ein großes VdK-Treffen. Es wird auf dem Haket in großen Stahlzelten an der Weser mit einem großen Programm, das am Samstag mit einem Festkommers beginnt, begangen werden. Nach dem gemeinsamen Gottesdienst am Sonntagmorgen für beide Konfessionen ist um 16 Uhr eine große Kundgebung, auf der Vertreter des VdK-Landesverbandes und der Kreisvorsitzende Heinrich Reinaecker sprechen werden. Ab 19.30 Uhr ist Unterhaltungsmusik und Tanz.

In tiefer Trauer geben wir Kenntnis von dem Tode des

## Herrn Dr. Wilhelm Zumbansen

Direktor der Landesversicherungsanstalt Westfalen

der im Alter von 62 Jahren am 11. Juli 1961 auf einer Urlaubsreise in Südfrankreich nach kurzer Krankheit gestorben ist.

Über 40 Jahre hat der Verstorbene an verantwortlicher Stelle in der Landesversicherungsanstalt Westfalen, vor allem auch als Leiter der Rentenabteilung, sein Bestes gegeben. Im Jahre 1954 wurde er in die Geschäftsführung der LVA Westfalen berufen.

In hervorragendem Maße hat er sich um die Entwicklung und Gestaltung des Rentenrechts verdient gemacht. Über den Rahmen der LVA Westfalen hinaus hat er seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen der großen Versicherungsgemeinschaft der Arbeiterrentenversicherung zur Verfügung gestellt. Er war seit Jahren Vorsitzender des Ausschusses für Rentenfragen beim Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. In unermüdlichem Schaffen diente er seiner Aufgabe auch durch wissenschaftliche Arbeiten.

Wir werden unseren hervorragenden Mitarbeiter, Herrn Dr. Zumbansen, der uns auch persönlich eng verbunden war, sehr vermissen. Seine Leistungen und seine Persönlichkeit bleiben unvergessen.

Münster (Westf.), den 14. Juli 1961

### Landesversicherungsanstalt Westfalen

Die Vertreterversammlung  
Dr. Gercken  
Vorsitzender

Die Geschäftsführung  
Dr. h. c. Schultze-Rhonhof  
Vorsitzender

Der Vorstand  
S mektala, MdL  
Vorsitzender

Der Personalrat  
Ranft  
Vorsitzender



# Kriegsopfer fordern nur ihr Recht „Minister Blank kam mit dem Bummelzug“

Sein Vorschlag nur von optischer Bedeutung / Stellv. Landesverbands-Geschäftsführer  
Kempis auf dem großen VdK-Kreistreffen in Beverungen

Kreis Höxter. Zum großen Kreistreffen des VdK in Beverungen — worüber die FREIE PRESSE schon berichtet hat — wäre sehr gern auch der 1. Vorsitzende des Verbandes, Dr. Weltersbach, gekommen. Er hatte ja gerade vor 15 Jahren zum ersten Male in Beverungen gesprochen und für die Idee des VdK geworben, so daß bald darauf die Ortsgruppe Beverungen und der Kreisverband Höxter aus der Taufe gehoben werden konnten. Nun war jetzt aber Dr. Weltersbach am Erscheinen verhindert. Statt seiner hielt der stellv. Landesverbandsgeschäftsführer, Hans Kempis aus Düsseldorf, ein Referat über: „Die Kriegsopferversorgung als rechtliche und ethische Verpflichtung des Staates“ unter besonderer Berücksichtigung des zweiten Neuordnungsgesetzes. Aus diesen Darlegungen entnehmen wir folgende Ausführungen, die wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung auszugsweise im Wortlaut wiedergeben:

Die besondere Schwierigkeit, der sich die Kriegsopfer bei der Erörterung ihrer Probleme in der Öffentlichkeit und bei der Behandlung ihrer Schicksalsfragen im politischen Leben ständig von neuem gegenübersehen, ist die Tatsache, daß die Kriegsopferversorgung mit Vorliebe als ein ausschließlich soziales Problem betrachtet wird. Dabei ist außerdem festzuhalten, daß das Wort „sozial“ in diesem Zusammenhang in der Regel nicht, wie es sich eigentlich gehörte, mit dem deutschen Begriff „gesellschaftlich“ übersetzt wird, sondern daß man es in den Zusammenhang der wirtschaftlichen Bedürftigkeit stellt, das heißt, daß das Wort „sozial“ hier geistig eng verflochten wird mit dem Begriff der Armenfürsorge.

Man glaubt also allen Ernstes, daß es

in der Kriegsopferversorgung nur darum gehe, eine leider recht große Zahl von armen Teufeln und weinenden Witwen, die in den letzten beiden Kriegen entweder zu Krüppeln geschossen wurden oder den Ernährer der Familie verloren haben, vor der größten Not zu bewahren, und zwar vor allem und nach Möglichkeit ausschließlich dann, wenn sie sich auf Grund dieses Schicksalsschlages selber nicht mehr genügend helfen können. Man begreift also in diesem Sinne die Kriegsopferversorgung als eine Art Fürsorgelätigkeit des Staates im Sinne der Wohlfahrtspflege der Kommunen, die man aus Gründen der staatlichen und der menschlichen Solidarität nicht gut unterlassen könne und als ungelöschte Hypothek eines verbrecherischen politischen Regimes als schwere Bürde noch mit sich schleppen müsse.

## Scharfe Worte gegen Blank

Aus dieser Einstellung ergibt sich dann auch die stillschweigende Schlußfolgerung, die immer wieder, sei es in unglücklichen Aeußerungen des Bundesarbeitsministers Blank, sei es in unqualifizierten Berichten, zum Vorschein kommt, daß eigentlich jene Kriegsbeschädigten und Witwen, die trotzdem noch einer lohnenden Arbeit nachgehen oder auf ein gesichertes Vermögen zurückgreifen können, keinerlei rechten Anspruch auf Rentenleistungen des Staates haben und ihn daher auch nicht geltend machen sollten.

Diese Auffassung ist der wirkliche Hintergrund etwa jener Bemerkung Theo-

dor Blanks, daß die Erhöhung von Grundrenten eine sinnlose Verschwendung von Steuergeldern sei, oder von Kommentaren, in denen man von Leistungen für die sogenannten „Aermsten der Armen“ spricht und damit Kriegsbeschädigte meint, die wegen ihrer völligen Arbeitsunfähigkeit allein auf eine Versorgungsrente angewiesen sind.

In Wirklichkeit ist die Kriegsopferversorgung kein soziales Problem im Sinne der Wohlfahrtspflege, sondern ein ausgesprochenes Rechtsproblem, hinter dem genauso wie hinter allen anderen Rechtsfragen entscheidende ethische Fragen verborgen sind. Man muß die Erbitterung und Empörung der deutschen Kriegsopfer und aller rechtlich denkenden Menschen begreifen, die über die Konzeption Theodor Blanks für die Neuordnung der Kriegsopferversorgung ausbrechen und sich bis heute nicht beruhigt haben, nämlich das Kriegsopferrecht nach Prinzipien des allgemeinen Fürsorgedenkens zu reformieren und nur noch im einzelnen wirtschaftlichen Notfall zusätzliche Hilfe zu leisten.

Aus dieser Absicht war klar zu erkennen, daß der im Namen der Bundesregierung sprechende Ressortminister nicht gewillt war, die Versorgung der

Kriegsopfer im sozialen Rechtsstaat ihrem Rechtsgrund entsprechend zeitgemäß auszustatten und zu verbessern, sondern sie im Widerspruch zu unserer rechtsstaatlichen Grundordnung durch die Verstärkung ihrer versorgungsfremden Bedürftigkeitskomponente „sozialstaatlich“ zu denaturieren.

Daher auch immer wieder das beschämende Gerede von den „Aermsten der Armen“. Am beschämendsten daran ist die Tatsache, daß diejenigen, die so sprechen, kein Bewußtsein für die Würdelosigkeit haben, daß man ausgerechnet jene mit einem solchen Elendstitel bedenkt, die ja nur durch ihre Aufopferung für die Gemeinschaft in eine solche Lage geraten sind.

Die Kriegsopferversorgung bezieht sich nicht nur auf die Versorgung der Opfer der beiden letzten Weltkriege, sondern die mit dem Bundesversorgungsgesetz festgelegten Leistungen gelten auch für die Versorgung der wehrpflichtigen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Angehörigen. Damit ist diese Versorgung nicht nur eine unangenehme Kriegsfolgelast, sondern wirkt staatspolitisch auch in die Zukunft hinein.

Das zweite Neuordnungsgesetz ist nicht nur ein sozialpolitisches Problem, sondern ein staatspolitisches Problem unter Berücksichtigung der Wehrebereitschaft. Vergessen wir nicht, daß die Söhne der Gefallenen und die Söhne der Beschädigten heute schon wieder vielfach Bundeswehrsoldaten sind.



## Nicht einmal der Nachholbedarf

Die vom Bundesarbeitsminister Blank beabsichtigte Erhöhung der Grundrenten von 10 Prozent stellt nicht einmal den Nachholbedarf dar, den die Kriegsopter mit ihren Rentensätzen im Gegensatz zu den Erhöhungen der Leistungen anderer Gesetze haben. Mit der Vorlage Blanks kann von einer echten Erhöhung der Kriegsopterrenten keineswegs gesprochen werden.

Man bedenke hierbei, daß die Kriegsopterrenten seit 1959/60 keine Erhöhungen erfuhr, daß den Kriegsoptern Nachteile durch die Anrechnungsbestimmungen entstanden und entstehen, daß zum Teil die derzeitigen Leistungen des Gesetzes eine Bestrafung der Fleißigen und Prämierung der Faulen ergeben und daß letztlich auch der Blanksche Entwurf hier keine Aenderung vorsieht und damit der politische Effekt vollkommen verlorengeht.

Die den Kriegsoptern im Dezember 1962 gewährte Ueberbrückungsbeihilfe von 30 Prozent kann keineswegs als Ersatz für ein zweites Neuordnungsgesetz angesehen werden. Auch der Appell zum Maßhalten und zur Sparsamkeit trifft die Kriegsopter nicht. Maßhalten und Sparsamkeit soll man vielmehr bei anderen unwichtigeren Etatpositionen im Bundeshaushalt anwenden. Die Kriegsopter haben in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart den besten Beweis dafür erbracht, wie man sparsam leben kann, denn sie wurden hierzu vom Staat gezwungen.

Der Minister Blank sollte bereits bis zum 30. 11. 1962 dem Bundestag den Entwurf eines zweiten Neuordnungsgesetzes vorlegen. Dies hat er nicht getan! Nachdem Abgeordnete einen Initiativentwurf mit einem Finanzvolumen von 1,2 Milliarden DM und die SPD einen Entwurf mit einem Finanzvolumen von 1,4 Milliarden DM eingebracht hatten, kam auch Minister Blank mit dem Bummelzug im Bundestag an und legte seinen Regierungsentwurf, der ein Finanz-

volumen von 680 Millionen vorsieht, vor. Der Arbeits- und Sozialausschuß des Bundesrates hat einen Entwurf mit einem Finanzvolumen von 1,3 Milliarden erarbeitet.

Nach unserer Auffassung muß das Kernstück des zweiten Neuordnungsgesetzes die Erhöhung der Grundrente darstellen.

Eine Kürzung oder Vernachlässigung der Grundrenten führt zweifellos zur Schwächung des Leistungswillens. Wir glauben nicht, daß eine Erhöhung der Grundrenten sich zum Nachteil der Bundesfinanzen auswirkt, denn jeder zehnte arbeitende Mensch in der Bundesrepublik gehört in irgendeiner Form zu den Kriegsoptern. Infolgedessen tragen die Kriegsopter selbst durch ihre Steuerzahlung zur Gewährung ihrer Versorgung bei.

Wir sind auch nicht der Meinung, daß die von Minister Blank gewollte Ausweitung des Berufsschadensausgleichs bis zum 30prozentigen Ausgleich eine Verbesserung darstellt. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß es sich hier um eine optische Maßnahme von Blank handelt, die im Endeffekt den Kriegsbeschädigten keinen Vorteil bringt.

Zum zweiten Neuordnungsgesetz sind vier Entwürfe dem Kriegsopterausschuß zur weiteren Bearbeitung zugeleitet. Für den 2. Oktober 1963 ist eine Sitzung des Kriegsopterausschusses vorgesehen, in der Vertreter der Kriegsopterorganisationen zu den vorliegenden Entwürfen Stellung nehmen sollen. Nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages kann das Gesetz nach unserer Auffassung frühestens Ende dieses Jahres verabschiedet werden.

Das Kriegsopterversorgungsproblem geht nicht nur die Kriegsopter, sondern das ganze deutsche Volk an, da jeder Bürger das Schicksal der Kriegsopter heute oder morgen an den eigenen Söhnen bei der Bundeswehr erleben könnte.



Zahlreiche Ehrengäste hatten der Einladung zum großen Kreisverbandstreffen der Kriegsopter im VdK Folge geleistet.

Freue Presse 6.8.63



# Gerechtigkeit für die Kriegsoffer

## Präsident Dr. Weltersbach in Beverungen

Zum dritten Male bereits in der Stadt an der Oberweser / Was die Bonner Regierung versäumt hat

**Beverungen.** Für die Ortsgruppe des VdK war es ein großes Ereignis, daß der Präsident des Verbandes, Dr. jur. Friedrich Wilh. Weltersbach zur Versammlung hier weilte. So konnte Ortsverbandsvorsitzender Otto Stöhr in seiner Begrüßung feststellen, daß der große Saal des Kolpinghauses trotz schönen Sommerwetters bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die 2. Vorsitzende Kriegshinterbliebene Toni Decker konnte nach Grußworten vermerken, daß auch diese Versammlung in Anwesenheit des Präsidenten des Verbandes ein Meilenstein in der Geschichte des Ortsverbandes ist.

Kreisvorsitzender Heinrich Reinacker berichtete rückblickend, daß die Ortsgruppe Beverungen vor 17 Jahren von zunächst 25 Mitgliedern gegründet worden ist. Ziel dieser Gründung sei gewesen, in dieser Schicksalsgemeinschaft sich gegenseitig Hilfe zu leisten, insbesondere aber im Geiste der Kameradschaft gegenüber den Kriegshinterbliebenen zu wirken. Ohne diese Kameradschaft hätten die inzwischen erzielten Erfolge nicht errungen werden können. Für diesen Einsatz und die Treue dankte er den Mitgliedern und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Sein Dank galt aber auch den Behörden, die immer diesen Personenkreis ihre Unterstützung angeeignet ließen.

Nach dem Niederländischen Dankgebet, das von allen stehend gesungen wurde, gedachte die Versammlung der Toten beider Weltkriege



Der Präsident des Verbandes der Kriegsoffer, Dr. jur. Friedrich Wilhelm Weltersbach, bei seiner Rede in Beverungen.

und der verstorbenen Mitglieder, während 2 Kameraden einen Kranz zum Ehrenmal zum Rathaus brachten.

Als Vertreter des Landschaftsverbandes und zugleich als Vertreter für den verhinderten Landrat überbrachte Wilhelm Gockeln herzliche Grüße. Er würdigte insbesondere die Arbeit des Verbandes für die Kameraden, die der Hilfe der Kameradschaft bedürfen. Seine Ausführungen schloß er mit dem Leitsatz: Die Demokratie lebt von der dienenden Aufgabe gegenüber den Mitmenschen.

Nach einer Ehrung des Geschäftsführers Birkner, der 10 Jahre im Dienste des Kreisverbandes steht, brachte Präsident Dr. Weltersbach ein eingehendes Referat über den Kampf um das Neuordnungsgesetz in der Kriegsofferversorgung. Er führte aus, daß mit Inkrafttreten dieses Gesetzes, das zwar von Januar 1963 bis Januar 1964 verschleppt worden sei, Mehrleistungen in Höhe von 1,2 Milliarden DM gewährt werden. Bedauerlich sei nur, daß der Bundeskanzler mit seiner Drohung, von Artikel 113 des Grundgesetzes Gebrauch zu machen um die Wahrung nicht zu gefährden, wie auch andere Mitglieder der Bundesregierung, die zunächst einer besseren Versorgung ihren Widerstand entgegengesetzt hatten, schlecht beraten worden seien.

In diesem Kampf sei es immer wieder erforderlich gewesen, gegen Unverstand, Verleumdung und böswillige Unterstellung anzukämpfen, so daß der damalige Marsch der Kriegsoffer nach Bonn unvermeidbar wurde.

Erfreulich sei daß der gesamte Kriegsofferausschuß dem Mitglieder

aller Parteien angehören, rückhaltlos sich zu den Forderungen bekannt hat. Daß durch Kürzung von 85 Positionen des Haushaltsplanes des Bundes die erhöhten Leistungen ohne eine Gefährdung der Wahrung möglich waren, habe sich ja auch inzwischen gezeigt. Der Bundesfinanzminister habe sogar nach der Verabschiedung eine Steuerenkung angestrebt.

Befremdend sei festzustellen, daß Bundesarbeitsminister Blank den von Minister Storch ernannten Kriegsofferbeirat seit 3 Jahren nicht einberufen hat und die Rechtsverordnungen zum Neuordnungsgesetz nicht rechtzeitig verabschiedet worden sind. Schon jetzt seien Bestrebungen erwogen, auch für die Kriegsoffer eine dynamische Rente zu verlangen, zumal auch die Bemessung der Schäden zu anderen Gesetzen unterschiedlich ist und die Relation zu anderen Sozialgesetzen nicht in Ordnung ist.

Nicht die Kriegsoffer haben mit ihrer Gesundheit den Krieg verloren, sondern das ganze Volk, so mußten die Gesunden auch denen helfen, die ihr Schicksal allein nicht meistern können. Gerade bei der Versorgung der Kriegsoffer sei auch an die jungen Soldaten der Bundeswehr zu denken, denen im Dienst gleiche Schäden zustoßen können. So sei eine gerechte Versorgung auch eine Bewertung der Gesundheit.

Nach Ausführungen über die Erholungs- und Altersfürsorge schloß Präsident Dr. Weltersbach seine Ausführungen „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ und daß auch den Kriegsoffern diese Gerechtigkeit zuteil werde, das sei sein Wunsch.

Kreisverbandsvorsitzender Reinacker dankte dem Redner, mit dem ihn schon seit langen Jahren eine echte Freundschaft verbindet, für seine Ausführungen. Damit weilte Dr. Weltersbach zum dritten Male in der Ortsgruppe. Bereits vor 15 Jahren sprach er zu den Kriegsoffern über das Thema „Sorgenkinder unserer Zeit“, und diesen Sorgenkindern zu helfen sei auch jetzt für ihn noch Verpflichtung.



# Gerechtigkeit erhöht ein Volk

47. 20. 6. 64

## Zur Lage der Kriegsofferversorgung sprach Präsident Dr. Weltersbach

Beverungen. Zu einer großen Versammlung hatte der Ortsverband des VdK eingeladen, um vom Präsidenten des Verbandes, Dr. jur. Weltersbach, Ausführungen über den Kampf um das Neuordnungsgesetz in der Kriegsofferversorgung zu hören. So konnte nach einer vorausgegangenen Sitzung des Kreisvorstandes Ortsverbandsvorsitzender Otto Stöhr mit den Mitgliedern, die den Saal des Kolpinghauses füllten, zahlreiche Ehrengäste begrüßen. In Anschlußworten betonte die Hinterbliebene und 2. Vorsitzende des Ortsverbandes, Toni Decker, daß diese Versammlung ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Ortsverbandes sei. Nach einem gemeinsamen Lied begrüßte Kreisverbandsvorsitzender Reinaecker insbesondere den Präsidenten des Verbandes, Dr. Weltersbach, der, selbst Kriegsbeschädigter, seine ganze Kraft für den Kriegsofferverband zur Verfügung stellt.

In einem kurzen Rückblick führte er aus, daß es die Kameradschaft und die Sorge um die Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden war, die vor 17 Jahren mit 25 Mitgliedern zur Gründung des Ortsverbandes führte. Ohne diese Kameradschaft, die Mitarbeit der ehrenamtlichen Kräfte und des Verständnisses der Behörden, hätten die erzielten Erfolge nicht errungen werden können. So schloß er seinen Dankesworten für diese Hilfe auch die Bitte um weitere Unterstützung in diesem Bestreben an.

### Gedenken der Toten

Nach dem Niederländischen Dankgebet wurde der Toten beider Welt-

kriege und der verstorbenen Mitglieder gedacht. Während alle stehend das Lied „vom guten Kameraden“ sangen, brachten zwei Kameraden einen Kranz zum Ehrenmal im Rathaus.

Kreistagsabgeordneter Wilhelm Gockeln überbrachte die Grüße des Landrats, der an diesem Tage verhindert war. Er würdigte die Arbeit des Verbandes und führte aus, daß sich gerade in diesem Kreis zeige, daß Kameradschaft Dienst am Kameraden ist. Seine Ausführungen schloß er mit dem Bekenntnis, daß die Demokratie von der dienenden Aufgabe gegenüber dem Mitmenschen lebt.

### 85 Bundestagsabgeordnete Mitglieder

Präsident Dr. Weltersbach berichtete eingehend über den Kampf, der bis zur Verabschiedung des Neuordnungsgesetzes notwendig war, geht es doch immer wieder, gegen Unverständnis, Verleumdung und böswillige Unterstellung zu kämpfen. So sei sogar der Ausdruck „Interessenverband“ gefallen, obwohl die Kriegsofferverbände einen Querschnitt des gesamten Volkes bilden. U. a. gehören den 1,5 Millionen Mitgliedern einzelne Bundesminister und 85 Bundestagsabgeordnete an.

Bedauerlich sei, daß nicht nur der Termin des Inkrafttretens, der 1. Januar 1963, nicht eingehalten sei (das Gesetz trat am 1. Januar 1964 erst in Kraft), sondern, daß es in diesem Kampf erst zu einem Marsch der Kriegsofferverbände nach Bonn haben kommen müssen. Wenn in diesem Kampf Bundeskanzler Erhard sogar von der Anwendung von Artikel 113 des Grundgesetzes zur Erhaltung der Währungsstabilität gesprochen habe, so sei nach Kürzung von 85 Einzelpositionen des Haushaltsplanes, doch eine Bereitstellung der Mittel möglich gewesen. Der Bundesfinanzminister habe sogar nach Verabschiedung des Gesetzes von Steuersenkungen gesprochen.

### Bundeskanzler falsch beraten?

Daß der Bundeskanzler in dieser Sachlage schlecht beraten gewesen

- wird, die ihr Schicksal allein nicht meistern können.

### Keine unterschiedlichen Bemessungen

Auch Soldaten der Bundeswehr könnten in eine ähnliche Lage kommen. An Beispielen erläuterte Dr. Weltersbach die Versorgung einer Witwe, deren Ehemann im Dienste der Bundeswehr tödlich verunglückt gegenüber der Versorgung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz. Hier sei das Verhältnis zu anderen Sozialgesetzen nicht in Ordnung. Insbesondere müsse auch die unterschiedliche Bemessung der Schäden nach den einzelnen Gesetzen beseitigt werden, denn hier gehe es um die Bewertung der Gesundheit. Gerechtigkeit erhöhe ein Volk, betonte Dr. Weltersbach am Schluß seiner Ausführung.

Im Namen der Versammlung dankte Kreisverbandsvorsitzender Reinaecker dem Redner für seine Bereitwilligkeit, nun zum dritten Male in einer Versammlung zu den Mitgliedern des Ortsverbandes zu sprechen. Vor genau 15 Jahren habe er zum erstenmal in Beverungen vor den Kriegsofferverbänden über das Thema „Sorgenkinder unserer Zeit“ gesprochen. Diesen Sorgenkindern habe bisher seine Arbeit gegolten, wofür ihm alle herzlich dankten.

Mit dem gemeinsamen Lied „Kein schöner Land“ wurde die Versammlung geschlossen. F.V.

- Es sei deshalb auch nicht verwunderlich, wenn alle zwei Jahre um eine bessere Versorgung gekämpft werden müsse, und daß auch bei den Kriegsofferverbänden Wunsch nach einer dynamischen Rente laut werde. Nicht nur die Kriegsofferverbände hätten den Krieg verloren und müßten mit dem Verlust ihrer Gesundheit diese Belastung auf sich nehmen, sondern auch die Gesunden müßten dazu beitragen, daß denen geholfen



## Parteilpolitische Neutralität Keine VdK-Kundgebungen mit Parteivertretern

Höxter. Der VdK-Kreisverband Höxter teilt mit, daß bis zum 19. September in seinem Bereich keine öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen stattfinden, in der Vertretung von Parteien und Bundestagskandidaten als Sprecher auftreten.

Mit diesem Schritt folgt der VdK-Kreisverband Höxter einer Empfehlung des VdK-Präsidiums, die in der Satzung festgelegte parteipolitische und konfessionelle Neutralität gerade in der Wahlzeit streng zu beachten. Mitglieder und Mitarbeiter des VdK Deutschland dürfen sich ferner weder auf Plakaten noch in Zeitungsnotizen als Kandidaten des VdK bezeichnen.

Der VdK ruft jedoch alle Mitglieder auf, ihrer Wahlpflicht zu genügen, damit ein Bekenntnis zu unserem demokratischen Staat abzulegen und sichtbar zu machen, daß jeder Bürger sein Schicksal mitzubestimmen und dafür auch politische Verantwortung zu tragen hat.

„Wenn wir unsere Mitglieder, die im ganzen Bundesgebiet mit ihren Angehörigen über 4 Millionen Wahlberechtigte zählen, auffordern, Männer und Frauen in den Deutschen Bundestag zu wählen, die sich zu einer gerechten und würdigen Versorgung der deutschen Kriegsgesopfer

und Wehrdienststopfer bekennen, dann geschieht dies unter strenger Wahrung der parteipolitischen Neutralität des VdK Deutschland“, heißt es wörtlich im Aufruf des VdK-Präsidiums.

Westfalen-Zeitung Montag, den 20.8.65

Westfalen-Zeitung 23.5.66

## Es gibt noch kein Ausruhen Otto Stöhr 20 Jahre Mitarbeiter im VdK

Beverungen. Am heutigen Montag feiert der erste Vorsitzende der VdK-Ortsgruppe Beverungen, Kamerad Otto Stöhr, seinen 60. Geburtstag. Stöhr wurde am 23. Mai 1906 in Ellenfurth (Kr. Konstanz) geboren. Er entstammt einer alten Försterfamilie.

Nach erfolgreichem Besuch der Volksschule erlernte er das Malerhandwerk. Die weitere Ausbildung erhielt er an einer kunstgewerblichen Schule. Nach einigen Wanderjahren fand er eine zweite Heimat in Beverungen. Hier ist er glücklich verheiratet. Ende 1939 wurde er Soldat und nahm an den Feldzügen in West und Ost mit Auszeichnungen teil. Noch Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Stöhr in Rußland schwer verwundet. Er geriet in russische Gefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde.

Kamerad Stöhr ist der Mitbegrün-

der der Ortsgruppe Beverungen. Seit Mai 1947 ist er ihr erster Vorsitzender. Hinter ihm liegt nun eine 20-jährige Arbeit zum Wohle derer, die allein ihr Recht nicht finden konnten. Trotz seiner schweren Verwundung (Amputation beider Beine) gibt es

für ihn kein Ausruhen. Außer seiner verantwortlichen Tätigkeit als erster Vorsitzender der Ortsgruppe Beverungen nimmt er als Berater und Helfer an den Sprechstunden der Kreisgeschäftsstelle und im Kreisgebiet Höxter und Holzminden teil.

- Kreisvorstand, Kreisverband,
- Kreisgeschäftsstelle und die Angehörigen der Ortsgruppe Beverungen des VdK wünschen dem Kameraden Stöhr Gesundheit und alles Gute für die kommenden Lebensjahre.



## VdK-Landesverband: 280 000 Mitglieder Erfolgsbilanzen vor Verbandskonferenz

VdK-Präsident Dr. Weltersbach erläuterte auf einer Pressekonferenz die Sorgen der Kriegsof-

Detmold. Erstmals findet heute in Detmold eine Landesverbandskonferenz des VdK statt. Es ist eine reine Arbeitstagung, an der rund 300 Delegierte aus 88 Kreisverbänden teilnehmen, die in Nordrhein-Westfalen rund 280 000 Mitglieder betreuen. Der Landesverband nahm diese Arbeitstagung zum Anlaß, eine Pressekonferenz durchzuführen, die von Dr. Friedrich-Wilhelm Weltersbach geleitet wurde, der nicht nur Landesverbandsvorsitzender, sondern zugleich auch Spitzenmann des VdK-Präsidiums ist. Der Kreisverband

Detmold hatte alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen, und mit Hilfe des Verkehrsamtsleiters Waller Stöltzing alle Tagungsteilnehmer im Raum Detmold untergebracht. Die Stadt Detmold ehrte die Arbeit des größten Kriegsoferversandes durch einen Empfang im Rathaus (siehe nebenstehendes Bild), und es entsprach der Konzeption des VdK-Kreisverbandsvorsitzenden Heinz Kreuzer, diese Arbeitstagung nicht mit einem der üblichen Kameradschaftsabende, sondern mit einem Konzert von Meisterschülern in der Nordwestdeutschen Musikakademie ausklingen zu lassen.

Dr. Weltersbach „entwickelte“ in einem 45-Minuten-Vortrag das Sorgenpaket der Kriegsofper, über das wir auch an anderer Stelle eingehend berichten. Die größte Sorge bereitet dem Verband zur Zeit die Tatsache, daß die Kriegsofperrenten ständig

hinter den anderen Renten hinterherhinken. Aus diesem Anlaß hat das Präsidium bereits in Verhandlungen mit Ministerien und Bundestagsfraktionen das Vorfeld bereinigt und Stimmung für eine Anpassungsklausel gemacht, die in das Bundesversorgungsgesetz eingefügt werden soll. Hierdurch soll eine Anpassung der Renten an die Bemessungsgrundlagen der Rentenversicherung sichergestellt werden, und das in Abständen von zwei Jahren. Erstmals am 1. Januar 1966. Durch eine solche Maßnahme würde auch der Verwaltungsapparat in den Versorgungsämtern nicht über Gebühr strapaziert.

### Nachzahlungen

Den Rechtsabteilungen und Beratungsstellen des VdK gab das am 1. Januar 1964 in Kraft getretene zweite Neuordnungsgesetz ungezählte Möglichkeiten, Rechtsansprüche aus dem Berufsschadensausgleich — vor allem bei Kriegserwitwen — geltend zu machen. Die Nachzahlungen haben allein im Land NRW die stattliche Summe von fünf-einhalb Millionen DM eingebracht. Wie andere Versorgungsberechtigte wünschen die Kriegsofper auch eine alljährliche Überbrückungsleistung in der Größenordnung einer Monatsrente. Groß sind die Leistungen, die der VdK aus eigener Initiative und aus eigener Kraft aufbringt. Neben den Erholungsmaßnahmen (der Bau eines zweiten Erholungsheimes in NRW steht kurz bevor) hat der Landesverband allein 720 000 DM an Begräbniskosten und Beihilfen aufgebracht. Es ist an dieser Stelle unmöglich, alle Probleme, die der Lösung harren, aufzuzeigen.

### VdK-Wohnungen

Der Direktor der VdK-Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Direktor Gotthold Schamp, konnte auf der Pressekonferenz ebenfalls mit einer Erfolgsbilanz aufwarten. Die Gesellschaft hat seit der Gründung im Jahre 1950 bis Ende 1964 6430 Gebäude mit 13 659 Wohnungseinheiten gebaut bzw. in Angriff genommen. Hiervon entfallen etwa 85 Prozent auf Eigentumsmaßnahmen in der Form von Eigenheimen, Kleinsiedlungen und Etagenwohnungen. Kommentar von Dr. Weltersbach: Der VdK-Landesverband hat rund 40 Millionen DM für Grundstücks- und Baukosten aufgebracht.

Beachtlich sind auch die Baumaß-

nahmen des VdK im Land Lippe. Insgesamt wurden bereits 145 Wohnungseinheiten gebaut. Die auf dem Hiddeser Berg im Bau befindlichen Häuser mit 43 Wohnungen sollen bereits Ende Mai, Anfang Juni bezugsfertig sein. Für 1965 kommen 20 Familienheime mit 36 Wohnungseinheiten und ein Mietwohngebäude mit 45 Wohnungen am Sporker Weg hinzu. In dem Großgebäude am Sporker Weg ist auch eine Alten-Begegnungsstätte vorgesehen. Kreisverbandsvorsitzender Heinz Kreuzer eilte dazu mit, daß man allein in dem Detmolder Mitgliederkreis noch 150 alleinstehende bzw. Kriegserwitwen registriert habe, die unbedingt eine Wohnung benötigten. Dankbar gedachte er der tätigen Mithilfe der Hauptfürsorgestelle in Münster, die dem VdK mit 288 000 DM „unter die Arme griff“. Auch die Stadt Detmold will helfen.

Heute beginnt in der Stadthalle die Landesverbandskonferenz, der wir auch an dieser Stelle einen harmonischen Verlauf wünschen. Im Interesse der großen Familie des VdK, die im gesamten Bundesgebiet 1,4 Millionen Mitglieder zählt. Mögen alle Delegierten mit den besten Erinnerungen an Detmold, die wunderschöne Stadt, in ihre Heimat zurückkehren. Das ist unser Wunsch.  
Walther Liedtke





Zu Ehren der Gäste des VdK, die heute zu einer Landesverbandskonferenz in Detmold weilen, fand gestern im Rathaus ein kleiner Empfang durch Bürgermeister Walter Bröker statt. In einer kurzen Begrüßungsansprache würdigte das Stadt- oberhaupt die großen Verdienste des Kreisverbandsvorsitzenden Heinz Kreuer. Seine Ausführungen behandelten auch die segensreichen Aufgaben, die vom VdK gelöst und behandelt worden waren. Walter Bröker wünschte den Delegierten und Teilnehmern einige schöne und erfolgreiche Stunden in der alten Residenzstadt. VdK-Präsident Dr. Friedrich-Wilhelm Wel- tersbach dankte für den überaus herzlichen Empfang und trug sich dann in das Goldene Buch der Stadt Detmold ein; wie unsere Aufnahme zeigt. Am nachfolgenden Rundgespräch in zwangloser Form nahmen auch MdB Frau Christa Schröder, MdB Heinz Wegener, MdL Rheinköster, Landesverbandsgeschäftsführer des VdK, stellvertretender Bürgermeister Bömel- burg, die Ratsherren Dr. Ebert, Stumm und Kuhlmann sowie Stadtdirektor Dr. Kroß teil.

Foto: FP (Schnittger)

# Den Teilnehmern der Tagung zum Gruß

mit der freundlichen Empfehlung zur Lektüre dieser Ausgabe

**FREIE PRESSE**

BIELEFELDS GROSSTE TAGESZEITUNG . 18 BEZIRKSAUSGABEN IN OSTWESTFALEN-LIPPE UND RAUM OSNABRÜCK

## Bunter Abend

Beverungen. Die VdK-Ortsgruppe Beverungen gibt bekannt: Am 15. 5., 19.30 Uhr, veranstaltet das nord- west-studio, Recklinghausen, im Kol- pinghaus Beverungen einen „Großen bunten Abend“. Nur Mitglieder, die bereits Karten besitzen, können teil- nehmen. Wegen Platzmangels kön- nen keine weiteren Eintrittskarten abgegeben werden.

WZ  
13.5.65



### VdK teilt mit

Höxter. Der VdK-Kreisverband Höxter gibt bekannt: In der Vergangenheit sind unseren Kriegerwitwen Schadensausgleichsleistungen nach dem BVG §40a deswegen abgelehnt worden, weil sie mit ihrem Einkommen unter der 50-Mark-Grenze liegen. Die Bruttoeinkünfte sind ab 1.10. vom statistischen Bundesamt erhöht worden. Es ist nunmehr möglich, daß bei diesen Kriegshinterbliebenen ab 1.10. auf Antrag Schadensausgleich gewährt werden kann. Wir bitten die ablehnenden Rentenbescheide uns zur Prüfung und Neuantragstellung baldmöglichst vorzulegen. Die Rentenmittlung nach dem 8. RAG ist mitzubringen.

Winfahr - Zeitung  
1.11.66

## Jetzt neue Regelungen in der Kriegsopferversorgung

### Mitteilung des VdK-Kreisverbandes Höxter

Höxter. Die neuen Regelungen in der Kriegsopferversorgung veranlaßten den Kreisverband Höxter der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, uns die folgenden Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung zu schicken:

● **Versorgung bei Spätschäden nach Kriegsgefangenschaft:** Die jahrelangen Bemühungen unseres Verbandes, ehemalige Kriegsgefangene, die durch Nachwirkungen langjähriger Gefangenschaft unter extremen Lebensverhältnissen vorzeitig gealtert sind, in den Schutz des Bundesversorgungsgesetzes einzubeziehen, haben nunmehr Erfolg gehabt. Nach einem an die Arbeitsminister und Senatoren für Arbeit der Länder gerichteten Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (veröffentlicht im Bundesversorgungsblatt 1966, Seite 82) ist es jetzt möglich, bei Arteriosklerose eines früheren Kriegsgefangenen in besonders gelagerten Fällen Versorgung zu gewähren.

● **Krankenbehandlung im Wege des Härteausgleichs nach § 89 BVG**  
Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen gibt mit Bescheid vom 12.8.66 — II B 4032 — das nachstehende Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 20.5.66 — V/3-5208.1-3316/66 — bekannt:

„Witwen, die infolge Anrechnung von Leistungen nach §§ 44 Abs. 1 BVG keine Rente nach § 44 Abs. 3 Buchst. c BVG erhalten, haben nach § 10 Abs. 1 Buchst. c BVG keinen Anspruch auf Krankenbehandlung. Dies führt bei den Witwen zu einer besonderen Härte, die ohne die Anrechnungsvorschriften des § 44 Abs. 5 BVG ein Anspruch auf Krankenbehandlung hätten. Ich stimme daher nach § 89 Abs. 2 BVG allgemein zu, daß die Witwen im Wege des Härteausgleichs Krankenbehandlung wie versorgungsberechtigte Witwen — Hinterbliebene — erhalten. Das für die Durchführung eines Härteausgleichs erforderliche Bedürfnis ist in allen Fällen der genannten Art zu bejahen.“



# Kamerad Reinaecker schon fast 20 Jahre Vorsitzender des VdK-Kreisverbandes

## Kreisdelegiertentagung in Nieheim / Verbandsmitglieder wiedergewählt

Beverungen/Höxter. Mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnete der 1. Kreisvorsitzende, Kamerad Reinaecker (Beverungen), die Kreisdelegiertentagung des VdK in Nieheim im Kino-Saal. Dieser Saal mit den bereitgestellten Tafeln reichte für die Delegierten aber nicht aus, so daß noch die Logenplätze besetzt werden mußten. Wie immer, so gedachte man zuerst der gefallenen Kameraden und aller Opfer der beiden Kriege, wozu sich die Delegierten von ihren Plätzen erhoben.

Die reichhaltige Tagesordnung mit fünf Punkten und die Arbeit über die Rentenleistungen nach dem Rentenversicherungs-Änderungsgesetz, dem Berufsschadensausgleich und Schadensausgleich nach dem BVG, (Paragraphen 30 und 40a), der Altershilfe für die Landwirte, der Zusatzkasse des Baugewerbes, dem Wohngeldgesetz, den Erziehungsbeihilfen nach Paragraph 27 BVG und dem Kindergeld und der Ausbildungszulage ließen eine Fülle von Arbeit erwarten.

### Entlastung erteilt

Nach dem Verlesen des Protokolls der Delegiertentagung in Beverungen, das ohne Änderung einstimmig angenommen wurde, berichteten die einzelnen Vorstandsmitglieder aus ihrem Aufgabenbereich. Kamerad Wiemann (Höxter) erstattete den Kassenbericht. Die Kassenführung wurde durch die Revisoren als vorbildlich bezeichnet. Beanstandungen und sonstige Einwendungen ergaben sich nicht. Dem Kreiskassierer und Kreisvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Dann stand die Wahl des Vorstandes an. Kamerad Berkhoff wurde als Wahlleiter bestellt und die Kameraden Biersack und Menke aus Tietelsen als Helfer. Es wurde Wiederwahl des ersten Kreisvorsitzenden, H. Reinaecker, (Beverungen) vorgeschlagen, was einstimmig erfolgte. Auch die anderen Kreisvorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

### Seit 1947 im Kreisvorstand

Es muß hier noch gesagt werden, daß Kamerad Reinaecker seit 1947

dem VdK-Kreisvorstand angehört und ab 10. Oktober 1948 erster Kreisvorsitzender des VdK-Kreisverbandes Höxter ist. Alle Mitglieder, ob KB-Beschädigte, Hinterbliebene, Waisen oder die vielen Sozialrentner können die ungeheure Arbeit ermes- sen und anerkennen, den unermüdlichen Einsatz auf allen Gebieten der Versorgung, Betreuung usw. Reinaecker ist nicht nur auf Kreisebene bekannt, ja selbst über den Landesverband hinaus bis in die obersten Gremien.

An Hand eines Kataloges aus der Rechtsabteilung sind den Delegierten Zahlen aufgezeichnet, die den VdK-Kreisverband Höxter in Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle rangieren lassen. Mit Beifall und herzlichen Worten wurde ihm von der Delegiertentagung gedankt.

- Der VdK-Kreisverbandsvor-
- stand: 1. Kreisvorsitzender H.
- Reinaecker (Beverungen), Stell-
- vertreter: Kamerad Wahlbaum
- (Steinheim), 1. Schriftführer: Ka-
- merad Einfeldt (Bad Driburg), 2.
- Schriftführer Jürgens (Lügde),
- 1. Kassierer: Wiemann (Höxter),
- 2. Kassierer: Hohaus (Nieheim),
- Hinterbliebenen-Betreuerin: Frau
- Hextel (Holzminden) und Frau
- Oeynhaus (Brakel), Hirnver-
- letzten-Betreuer: Jurack (Amelun-
- ten).

Die in den einzelnen Änderungs- gesetzen aufgeführten Erleichterungen — Freibeträge — Halb- deckung usw. — wurden eingehend durch Reinaecker erläutert, ebenso die anderen im Referat aufgezeich-

neten Verbesserungen. Es wird allen Mitgliedern nochmals empfohlen, solche Fragen (Anträge und Sonstiges) in den Sprechzeiten der einzelnen Ortsgruppen eingehend zu bearbeiten.



## Wieder mit Heinrich Reinaecker! Vertrauen für den VdK-Kreisvorstand

Delegiertentagung in Nieheim / Aktuelle Fragen wurden eingehend diskutiert

Kreis Höxter. Der Kreisverband des VdK hielt in Nieheim seine ordentliche Kreisdelegiertentagung ab. Als der 1. Kreisvorsitzende Heinrich Reinaecker (Beverungen) die Anwesenden herzlich begrüßte, reichte der Kinosaal mit den bereitgestellten Tischen und Stühlen für sie nicht aus, so daß auch die Logenplätze mit besetzt werden mußten. Diese Kreisdelegiertentagung wurde erneut zu einem Beweis des Vertrauens für die Leitung des Kreisverbandes unter Heinrich Reinaecker.

Wie immer, so gedachte die Versammlung eingangs der gefallenen Kameraden und aller Opfer beider Kriege. Dazu hatten sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben.

Die reichhaltige Tagesordnung und die Aussprache über die Rentenleistungen nach dem Rentenversicherungs-Änderungsgesetz, dem Berufsschadenausgleich und Schadenausgleich nach dem BVG, Paragraphen 30 und 40 a, der Altershilfe für die Landwirte, der Zusatzkasse des Baugewerbes, dem Wohngeldgesetz, den Erziehungsbeihilfen nach Paragraph 27 BVG, dem Kindergeld und der Ausbildungszulage ließen eine Fülle von Arbeit erwarten.

Eingehend berichteten die Vorstandsmitglieder aus ihrem Arbeitsbereich. Kamerad Wiemann (Höxter) erstattete Kassenbericht allgemein verständlich. Die Kassenführung

wurde durch die Revisoren als vorbildlich bezeichnet. Beanstandungen oder sonstige Einwendungen waren nicht gegeben. Auf Vorschlag der Revisoren wurde dem Kassensführer und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt.

Im nachfolgenden Punkt stand die Wahl des Gesamtvorstandes an. Auf Vorschlag wurde Kamerad Berkhoff als Wahlleiter bestellt und die Kameraden Biersack und Menke (Tietelsen) als Helfer eingesetzt.

Auf Befragen der Delegierten durch den Wahlleiter kam nur ein Vorschlag auf Wiederwahl als 1. Kreisvorsitzender, Kamerad H. Reinaecker (Beverungen), die sodann einstimmig erfolgte. Für die nachfolgenden Kreisvorstandsmitglieder wurde eine En-bloc-Wahl vorgeschlagen, die auch wieder einstimmig ausfiel, bei keiner Gegenstimme

oder Enthaltung. Alle Wiedergewählten nahmen die Wahl an.

Kamerad H. Reinaecker (Beverungen) gehört ab 1947 dem Kreisverband an und ist ab 10. Oktober 1948 erster Kreisvorsitzender des VdK-Kreisverbandes Höxter. Alle Mitglieder, ob KB-Beschädigte, Hinterbliebene, Waisen oder die vielen Sozialrentner, können die ungeheure Arbeit ermessen und anerkennen den unermüdbaren Einsatz auf allen Gebieten der Versorgung, Betreuung und vielem mehr. Reinaecker ist nicht nur auf der Kreisebene des VdK bekannt, ebenso über den Landesverband des VdK hinaus bis in die obersten Gremien.

Der VdK-Kreisverband: 1. Kreisvorsitzender H. Reinaecker (Beverungen), 2. Kreisvorsitzender Walbaum (Steinheim), 1. Schriftführer Einfeld (Bad Driburg), 2. Schriftführer Jürgens (Lügde), 1. Kassierer Wiemann (Höxter), 2. Kassierer Hohaus (Nieheim), Hinterbliebenenbetreuerin Frau Hextel (Holzminden) und Frau Oeynhaus (Brakel), Hirnverletztenbetreuer Jurack (Amelungen).

Die in den einzelnen Änderungsgesetzen aufgeführten Erleichterungen, Freibeträge, Halbdeckung u. a. wurden eingehend durch den 1. Kreisvorsitzenden, H. Reinaecker, erläutert, ebenso die anderen im Referat aufgezeigten Verbesserungen. Es wurde hier nochmals allen Mitgliedern gesagt, daß solche Fragen, Anträge und Sonstiges in den Sprechstunden der einzelnen Ortsgruppen eingehend bearbeitet werden, die Mitglieder müssen nur in diese Sprechstage kommen. Kamerad Reinaecker steht immer zur Verfügung.

## Busfahrt zum Oktoberfest Kreisvorsitzender sprach zur VdK-Ortsgruppe

Beverungen. Zu einer wichtigen Versammlung hatte der Vorstand der Ortsgruppe des VdK Beverungen alle Mitglieder ins Kolpinghaus eingeladen. Otto Stöhr als Vorsitzender der Ortsgruppe eröffnete die Versammlung. Er begrüßte insbesondere den ersten Kreisvorsitzenden, Heinrich Reinaecker, als Referenten des Abends. Die Kameraden erhoben sich von den Plätzen, um in einer stillen Minute aller Verstorbenen zu gedenken.

Der Kreisvorsitzende streifte alle neueren Gesetzesvorlagen. Er sprach von den Rentenerhöhungen für landwirtschaftliche Arbeiter, die durch die zehnprozentige Angleichung besonders hart betroffen sind. Dieser Personenkreis sei erweitert worden, besonders auf die, die im Hause freie Verpflegung und Unterkunft erhalten hatten. Weiter behandelte er den Kinderzuschuß. Die Waisenrente — Halbwaisen und Vollwaisen — war ein weiterer Behandlungspunkt. Auch wurde über das Altersruhegeld berichtet.

Besondere Beachtung schenkte Reinaecker dem 3. NOG zum Bundesversorgungsgesetz, das augenblicklich von der Regierung mit den Gremien der Versehrtenverbände beraten wird. Langanhaltender Bei-

Anschließend konnten Fragen an den Vorstand gestellt werden. Über die Betreuung (Busfahrten) der Mitglieder gab es einige Hinweise. Am Montag starten zwei Busse nach Bad Soden-Allendorf mit einigen Reisezielen; am 24. September geht es für vier Tage nach München (Oktoberfest) und in die weitere Umgebung. Anmeldungen sind noch möglich.

## VdK-Sprechstage

Höxter. Ein Sprechtag des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Kreisverband Höxter, findet am Dienstag, 9. August, um 15 Uhr in Steinheim im Hotel Schäfer, Am Markt, statt. Am Montag, 8. August, 20 Uhr, ist in Beverungen im Kolpinghaus eine VdK-Versammlung.

Verbandstag in Nieheim